

51. Sitzung

am Dienstag, dem 18. Oktober 2005, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	3925	Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (Drs. 15/4059) – Erste Lesung –
Gedenken an die bayerischen Politiker Dr. Hans Ehard, Dr. Wilhelm Hoegner, Franz Josef Strauß und Alfons Goppel	3925	Staatssekretär Georg Schmid 3943 Kathrin Sonnenholzner (SPD) 3944 Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU) . . . 3944 Dr. Christan Magerl (GRÜNE) 3945
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Wilhelm Leichtle	3925	Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 3945
Zitierungsantrag nach § 176 GeschO		Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Neuordnung des bayerischen Disziplinar- rechts und zur Änderung weiterer Vorschriften (Bayerisches Disziplinargesetz – BayDG) (Drs. 15/4076) – Erste Lesung –
Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)	3925	Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser 3945
Joachim Herrmann (CSU)	3926	Christa Naaß (SPD) 3946
Franz Maget (SPD).	3927	Dr. Marcel Huber (CSU) 3946
Beschluss	3928	Verweisung in den Dienstrechtsausschuss 3947
Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der SPD-Fraktion „Bayern sozial gestalten – Kürzungspolitik der Staatsregierung korrigieren“		Antrag der Staatsregierung Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Odd- set-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA- Fußballweltmeisterschaft Deutschland 2006 (Drs. 15/4080) – Erste Lesung –
Joachim Wahnschaffe (SPD).	3928	Verweisung in den Haushaltsausschuss 3947
Joachim Unterländer (CSU).	3929	
Renate Ackermann (GRÜNE)	3931	
Christa Steiger (SPD).	3933	
Renate Dodell (CSU)	3934	
Dr. Simone Strohmayer (SPD)	3935	
Staatsministerin Christa Stewens	3936, 3943	
Herbert Fischer (CSU)	3938	
Kathrin Sonnenholzner (SPD)	3939	
Christa Matschl (CSU)	3940	
Jürgen Dupper (SPD).	3940	
Dr. Otmar Bernhard (CSU).	3941	Antrag der Staatsregierung Staatsvertrag über die Bildung eines Gemeinsa- men Prüfungsamtes zur Abnahme der Eig- nungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsan- waltschaft (Drs. 15/3424) – Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 15/4089)

Beschluss 3947

Abstimmung über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7
GeschO **nicht einzeln beraten** werden (s. a. Anlage)

Beschlüsse 3948

Schluss der Sitzung 3948

(Beginn: 15.04 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 51. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Meine Damen und Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich daran erinnern, dass sich in diesen Monaten mehrere Gedenktage für bedeutende Nachkriegspolitiker ergeben haben. Heute haben wir für Hans Ehard, dem früheren Ministerpräsidenten und Landtagspräsidenten, dessen Todestag sich zum 25. Male jährt, einen Kranz niedergelegt – die Staatsregierung, der Landtag und die Stadt München, deren Ehrenbürger er ist.

Ich erinnere an den 25. Todestag von Dr. Wilhelm Hoegner am 5. März dieses Jahres. Beide Politiker, Hoegner und Ehard, zählen zu den großen Weichenstellern der Nachkriegszeit. Wir hatten am 6. September den 90. Geburtstag von Franz Josef Strauß und den 100. Geburtstag von Alfons Goppel am 1. Oktober. Mir ist das Anlass, dass wir uns diese Pioniergeneration aus allen Parteien heraus und ihre großen Leistungen in einer schwierigen Zeit in Erinnerung rufen. Ich glaube, dass wir daran gut Maß nehmen können für Aufgaben in unserer Zeit.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch nachträglich Herrn Kollegen Wilhelm Leichtle zum 65. Geburtstag gratulieren, den er am 10. Oktober feierte. Herzlichen Glückwunsch und viel Freude bei allen verbandlichen und hoffentlich auch privaten sportlichen Tätigkeiten.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

– Ich habe eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Herrn Dr. Dürr.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt gemäß § 176 der Geschäftsordnung die Zitiierung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Beckstein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Minister Beckstein hat sich heute telefonisch entschuldigen lassen, weil er als neu gewählter Bundestagsabgeordneter an der konstituierenden Sitzung des Bundestages teilnimmt. Wir sind nicht bereit, dies als wichtigen Grund im Sinne der Geschäftsordnung zu akzeptieren.

(Widerspruch bei der CSU)

Ein stellvertretender Ministerpräsident, dem sein Platz als einfacher Abgeordneter in Berlin wichtiger ist als seine Aufgaben in Bayern, kommt seiner Verpflichtung als Regierungsmitglied nicht nach und vernachlässigt seine Aufgabe, dem Bayerischen Landtag gegenüber die Politik

der Staatsregierung zu verantworten. Er missachtet außerdem das Abgeordnetenmandat. Wer sein Abgeordnetenmandat im Bundestag nicht ernsthaft und nicht für die Dauer der Legislaturperiode antreten will, sollte es so schnell wie möglich zurückgeben. Noch besser wäre es gewesen, er hätte gar nicht erst kandidiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beckstein muss sich entscheiden: Will er nach Berlin oder will er in Bayern bleiben?

(Zurufe von der CSU)

Wenn jemand gar Ministerpräsident werden will – und das will er –, dann muss er entsprechende Prioritäten setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch schwerer wiegt aber, dass der Ministerpräsident und der stellvertretende Ministerpräsident seit längerem ihre Aufgaben in Bayern vernachlässigen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

weil sie in Berlin parteipolitische Interessen wahrnehmen wollen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aufmerksam sind sie doch!)

– Einen Moment, Herr Kollege Dürr, Sie sind noch nicht dran. Es muss möglich sein, die Nerven zu haben, sich gegenseitig zuzuhören. Das erleichtert die Sache.

Herr Kollege Dr. Dürr, bitte.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Seit Wochen herrscht Stillstand in der Landespolitik, weil die Spitze der Staatsregierung nur mit bundespolitischen Machtkämpfen beschäftigt ist. Seit Jahren – das ist noch schlimmer – wird die Landespolitik missbraucht, um die bundespolitischen Ambitionen des Ministerpräsidenten voranzutreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das können wir nicht akzeptieren. Es ist höchste Zeit, dass sich die Staatsregierung wieder auf ihre Aufgaben in Bayern konzentriert. In unserem Land gibt es genug zu tun.

Nehmen wir nur das Thema der heutigen Aktuellen Stunde: „Bayern sozial gestalten – Kürzungspolitik der Staatsregierung korrigieren“. Bayern ist bekanntlich ein reiches Land, aber nicht alle haben eine Chance auf Anteil am öffentlichen und am privaten Reichtum. Die Staatsre-

gierung hat die Schiefelage mit ihrer so genannten Sparpolitik massiv verstärkt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard (CSU))

Ohne diese Debatte jetzt vorwegnehmen zu wollen: Die Menschen in Bayern haben Anspruch darauf, zu erfahren, wie es hier weitergeht, ob die Staatsregierung erkannt hat, dass dieser Sparkurs auf Kosten der sozial Schwachen von den Wählerinnen und Wählern abgelehnt wird, ob sie deshalb einen Kurswechsel einleitet,

(Thomas Kreuzer (CSU): Zur Sache!)

ob die unsozialen Kürzungen zurückgenommen werden, zum Beispiel bei der Obdachlosenhilfe, bei der Jugendarbeit, bei der Erziehungsberatung, bei der Schuldnerberatung, bei der Insolvenzberatung, ob sie künftig etwas dagegen unternehmen will, dass in Bayern die Menschen stärker als anderswo Chancen haben, je nachdem, in welchem Umfeld sie aufwachsen, wo sie herkommen – –

Präsident Alois Glück: Herr Kollege Dr. Dürr, es geht jetzt um die Frage der Anwesenheit von Herrn Staatsminister Dr. Beckstein und nicht um die inhaltliche Aussprache.

Die zuständige Ressortministerin für das Allgemeine ist anwesend. Ich bitte Sie, sich darauf zu konzentrieren, ob die Anwesenheit von Dr. Beckstein aus Ihrer Sicht notwendig ist.

(Beifall bei der CSU)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Es ist ein langer Satz. Das gebe ich zu. Es ist aber ein Satz, mit dem ich begründe, warum ich den Antrag stelle.

(Zuruf des Abgeordneten Bernd Sibler (CSU))

Wenn schon der Ministerpräsident nicht da ist, dann muss der stellvertretende Ministerpräsident hier erklären, ob die CSU verstanden hat, warum sie so eine massive Wahlniederlage erhalten hat und wie die künftige Ausrichtung der Regierungspolitik in Bayern sein wird. Da erwarte ich mir keine Auskunft von irgendeinem Minister, sondern vom Ministerpräsidenten oder seinem Stellvertreter.

Deswegen wollen wir Minister Beckstein hier haben.

(Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) – Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Bei diesen Fragen haben wir und vor allem die Menschen in Bayern Anspruch auf eine Antwort. Auch ein anderer Minister bewirbt sich, und er hat schon erkannt, dass der Sparkurs und die neoliberale Politik nicht so populär sind. Jetzt wollen wir auch vom zweiten Bewerber hören, ob er das ebenso sieht.

(Margarete Bause (GRÜNE): Vielleicht kann der Huber eine Antwort geben!)

Deswegen hätten wir gerne, dass Herr Innenminister Beckstein hier erscheint und als selbst ernannter und erklärter Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten zu unseren Fragen Stellung nimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Wortmeldung zur Gegenrede: Herr Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann. Da der Vollversammlung die Entscheidung darüber freisteht, ob einer oder zwei gegenreden, lasse ich dann auch die Wortmeldung von Herrn Kollegen Maget zu. – Herr Kollege, bitte schön.

Joachim Herrmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe im Sommer irgendwann in einer Zeitung eine Erinnerung daran gelesen, dass sich die GRÜNEN im Bayerischen Landtag gerne als Premium-Opposition bezeichnen lassen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich habe das Gefühl, der Schritt vom Premium zur Primitivopposition ist nicht sehr weit.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Haben Sie auch ein Argument?)

– Herr Kollege Dürr, wir können dies wirklich sehr kurz machen.

Erstens. Wir gehen nach der Geschäftsordnung vor, und es ist überhaupt nicht ersichtlich, wozu die Anwesenheit des Innenministers erforderlich ist, wenn wir über den Staatshaushalt und die Sozialausgaben debattieren; denn der Finanzminister und die Sozialministerin sind da. Vom Formalen her ist also alles völlig klar. Da über die Anwesenheit des Innenministers zu diskutieren, ist an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr und Margarete Bause (GRÜNE))

Zweitens. Nach der Neuwahl des Bundestages ist es seit Jahrzehnten gang und gäbe, dass es da mehrere Wochen – im Extremfall zwei bis drei Monate – gibt, in denen man das eine Mandat noch behält und das andere annimmt und danach eine endgültige Entscheidung fällt. Das hat übrigens, um bei den GRÜNEN zu bleiben, vor sieben Jahren Herr Trittin in Niedersachsen nicht anders gemacht.

(Margarete Bause (GRÜNE): Der war aber nicht im Bayerischen Landtag!)

– Sehen Sie einmal nach, wann Herr Trittin vor sieben Jahren sein Mandat im Niedersächsischen Landtag und das Amt des niedersächsischen Umweltministers niedergelegt hat.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Alles das, was Sie hier erzählen, ist ziemlicher Blödsinn.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):
Was will der Beckstein werden?)

Drittens. Ihre Behauptungen, Staatsminister Dr. Beckstein vernachlässige als Landesminister seine Aufgaben, weise ich energisch zurück.

(Beifall und Bravo-Rufe bei der CSU)

Nähmen in Deutschland alle Minister ihre Aufgaben so gut wahr wie der bayerische Innenminister und wie die übrigen Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung, wäre es um dieses Land besser bestellt.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Zurufe von den GRÜNEN)

Abschließend will ich dazu nur sagen: Ihre Ausführungen sind von der Logik her völlig widersprüchlich; Sie bemängelten vorher die Verquickung von Landes- und Bundespolitik, fordern dann aber ernsthaft, dass die Staatsregierung hier förmlich darüber berichtet, welche Konsequenzen sie in ihrer Landespolitik aus der Bundestagswahl zieht. Herr Dr. Dürr, merken Sie, dass Ihre Argumentation völlig unlogisch ist? Denn betrachtet man die Dinge wie Sie, haben sie nichts miteinander zu tun.

Wenn Sie in Bayern über das Ergebnis der Bundestagswahl hoch erfreut sind,

(Dr. Sepp Dürr: Sind Sie es auch?)

kann ich nur sagen: Wir bekennen im Unterschied zu anderen offen, dass wir mit den 49,2 % nicht ganz zufrieden waren und dass wir zuversichtlich sind, das nächste Mal wieder ein bisschen zuzulegen. Wenn Sie von SPD und GRÜNEN über Ihre Wahlergebnisse hoch erfreut sind, kann es aus unserer Sicht in Zukunft in der Tat dabei bleiben.

Wir lehnen diesen Antrag der GRÜNEN natürlich ab.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die Arroganz wird schon kleiner!)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Herr Kollege Maget. Er wird sich ganz streng an die Geschäftsordnung halten, nachdem er das gerade etwas reklamiert hat.

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion hat in diesem Haus immer wieder die mangelnde Präsenz von Regierungsmitgliedern kritisiert – wie ich meine, zu Recht.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten als Parlament, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Staatsregierung, die in der Regel auch Abgeordnete des Hauses sind, an den Sitzungen des Parlaments teilnehmen, wie wir es tun. Das erwarten wir auch

von den Kolleginnen und Kollegen im Minister- und Staatssekretärsrang. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass dieses mehr eingehalten wird, als es in der Vergangenheit der Fall war. Das hat auch mit unserem Selbstbewusstsein als Parlament zu tun.

Im vorliegenden Fall aber meine ich, dass ausnahmsweise ein nachvollziehbarer und ernsthafter Grund vorliegt.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wir haben da ein anderes Verständnis von Oppositionsarbeit, verehrte Kolleginnen und Kollegen; denn hier ist ein nachvollziehbarer Grund vorhanden.

Sie zitieren Herrn Dr. Beckstein, weil er im Bundestag sitzt. Warum zitieren Sie nicht gleich Herrn Kollegen Dr. Stoiber? Warum zitieren Sie nicht den Ministerpräsidenten? Denn er ist aus dem gleichen Grund abwesend wie Kollege Dr. Beckstein.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Weil er weg will, aber der andere will dableiben!)

– Herr Kollege Dr. Dürr, Sie kritisieren einen Stillstand in der bayerischen Landespolitik in den letzten Wochen. Ich sage Ihnen: Ein Stillstand ist mir zehnmal lieber als die falschen Entscheidungen, die in Bayern davor getroffen wurden.

(Beifall bei der SPD)

Lieber einen Stillstand, als die Fortsetzung einer verfehlten Landespolitik. So verstehen wir die Opposition; nicht als Kokolores, sondern als ernsthafte und sachliche Auseinandersetzung

(Beifall bei der SPD)

mit den Fehlern dieser Staatsregierung und der CSU-Mehrheit in diesem Haus. Und da kommt eine ganze Liste zusammen, die vom Unterrichtsausfall, Lehrermangel und Büchergeld bis zu den Sozialkürzungen reicht. Darauf werden wir in der Tagesordnung gleich eingehen, und damit setzen wir uns auseinander. Das verstehen wir unter Oppositionspolitik – aber keine Kindereien.

(Beifall bei der SPD – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wir wollten doch die CSU in Schwierigkeiten bringen, nicht die SPD!)

– Lieber Sepp, wenn ihr das in den nächsten Monaten so probiert, dann, glaube ich, habe ich überhaupt keine Sorgen mehr, was dieses Thema betrifft, denn dann übergebt ihr die Rolle der Opposition hundertprozentig an uns. Mir soll das recht sein.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wir werden deswegen dem Geschäftsordnungsantrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Lachen der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr und Margarete Bause (GRÜNE) – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vielleicht können sich alle Gemüter ein bisserl beruhigen. Dies muss im Hinblick auf künftige Entwicklungen nicht die Phantasie anregen, sondern wir befassen uns jetzt mit dem nächsten Tagesordnungspunkt.

Ich rufe erneut Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Bayern sozial gestalten – Kürzungspolitik der Staatsregierung korrigieren**“ beantragt.

Erste Wortmeldung: Herr Kollege Wahnschaffe.

Joachim Wahnschaffe (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich hoffe, wir können uns jetzt mit dem nötigen Ernst einem Thema zuwenden, das wir in diesem Haus schon oft diskutiert haben,

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Eben, eben!)

das aber vor dem Hintergrund dessen, was in Berlin geschieht, aber nicht nur in Berlin, sondern künftig auch hier neue Aktualität gewinnt.

Die hohen Verluste der CSU von mehr als 9 % – der Fraktionsvorsitzende der CSU hat selber davon gesprochen – haben einige in der CSU zum Nachdenken gebracht, ob denn das „S“ im Parteinamen überhaupt noch erkennbar sei. Bemerkenswert ist dabei, dass das nicht so sehr Stimmen aus der Staatsregierung waren, sondern dass mahnende Worte mehr aus dem Prominentenkreis der CSU-Vertreter im Landtagspräsidium zu hören waren. So hat Präsident Alois Glück davon gesprochen, die CSU habe das Lebensgefühl der Menschen zu wenig getroffen – womit er zweifellos Recht hat –, und die CSU lasse die richtige Balance zwischen ökonomischer Kompetenz und sozialer Sensibilität vermissen. Frau Vizepräsidentin Stamm wird in der „Welt am Sonntag“ mit den Worten zitiert: „Das Soziale kam zu kurz.“ Man kann getrost hinzufügen: Ihnen ist das Gespür für soziale Gerechtigkeit abhanden gekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das sind immerhin aus den Reihen der CSU doch erstaunliche Einsichten von prominenten Mandatsträgern, die sich vor kurzem noch mit neoliberalen Tönen überschlugen und Herrn Seehofer, weil er nicht jeden Schritt der sozialen Demontage dieses Landes mitgehen wollte, in die Ecke stellten. Jetzt, nachdem die Wählerinnen und Wähler der CSU einen gewaltigen Denkkzettel verpasst haben, wird Herr Seehofer wieder aus der Ecke geholt, abgeputzt und dem staunenden Wahlvolk als soziales Gewissen der CSU vorgestellt. Herr Dr. Stoiber hat auch noch seinen Beitrag dazu geleistet, indem er den in einem mühsamen Prozess zustande gekommenen Kompromiss über die Kopfpauschale noch vor Beginn der Koalitionsverhandlungen beerdigt hat – auch ein bemerkenswerter Vorgang.

Dass die CSU nach der Wahlschlappe aber nicht wirklich zu lernen bereit ist, wird an ihrer Politik im Freistaat Bayern deutlich. All die hehren Worte von Frau Stamm und Herrn Glück gelten, wohlgemerkt, nicht für Bayern. Der Fraktionsvorsitzende Joachim Herrmann befindet laut „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. September 2005 knapp: „Wir haben keine soziale Kälte“ und „Wir müssen an unserem Kurs festhalten“. Die bayerische Sozialministerin Frau Stewens setzt noch eins drauf und verkündet in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ vom 8. Oktober weitere Einschnitte in den Sozialhaushalt 2006. Meine Damen und Herren, als ich das las, war ich zunächst sprachlos, und das fällt mir nicht immer so ganz leicht, aber in diesem Fall war ich es wirklich. Man muss sich einmal vorstellen: Die Aufgabe der Sozialministerin sollte nach meinem Verständnis darin bestehen, vor allem für die Menschen – und es handelt sich dabei überwiegend um sozial Schwache, um kranke Menschen, um Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung und von Armut betroffene oder bedrohte Menschen – zu kämpfen und ein Höchstmaß an Handlungsspielraum anzustreben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, statt dessen lernen wir von Frau Stewens, dass die höchste Tugend der Sozialministerin darin besteht, nicht vom Sparkurs abzuweichen, sondern ihn im Gegenteil zu verstärken. Ich habe bisher immer gemeint, dies sei eine Aufgabe des Finanzministers, aber Frau Stewens hat in vorauseilendem Gehorsam offenbar schon die Vorgaben des Finanzministers aufgenommen.

Meine Damen und Herren, mein Verständnis von verantwortlicher Sozialpolitik geht nicht dahin, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zu vertiefen, sondern im Gegenteil, es ist die Aufgabe der Sozialministerin, diesem Trend entgegenzuwirken. Wie können Sie davon reden, Frau Stewens, was wir unseren Enkeln an Belastungen zumuten, wenn die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Kinder in Bayern allein im Jahr 2004 um 4,7 % auf 237 000 gestiegen ist? Um diese Kinder sollten Sie sich mehr kümmern, Frau Stewens. Dann wird es auch den Enkeln besser gehen.

(Beifall bei der SPD)

225 Millionen Euro oder 13,7 % der so genannten Einsparquote haben Sie dem Sozialen im Doppelhaushalt 2005/2006 abgedrückt. Jetzt soll es nach Ihren Ankündigungen nach noch weitergehen. Dabei haben Sie – und diese Zahlen sollte man sich noch einmal in Erinnerung rufen – beim Nachtragshaushalt 2004 beim Landeserziehungsgeld bereits um 61 %, beim Psychiatrieplan um 34 %, bei der Krankenhausfinanzierung um 26 %, beim Familienprogramm um 40 % und beim Landesaltenplan um 26 % gekürzt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ungeheuerlich!)

Meine Damen und Herren, das war nur der Anfang. Dann kam der Doppelhaushalt, und jetzt wollen Sie noch eins drauflegen. Sie haben entgegen Ihren Ankündigungen keine neuen Schwerpunkte gesetzt. Sie bewerten es schon als Erfolg, so auch im Interview der „Süddeutschen Zeitung“, dass Sie bei der offenen Behindertenarbeit nichts haben einsparen müssen. Wo ist die Gestaltung im Sozialen, wo ist Ihr Aufbäumen gegen eine unsinnige Kürzungspolitik des Ministerpräsidenten und des Finanzministers? Frau Stewens, als Sozialministerin würde man von Ihnen erwarten, dass Sie sich vor allem für die sozial Schwachen einsetzen. Sie tun das Gegenteil davon.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man überhaupt etwas Konzeptionelles in Ihrer Politik entdecken will, dann ist es der zunehmende Trend zur Privatisierung. Die Krankenhausfinanzierung wird heruntergefahren, sodass die Kommunen die Krankenhäuser nicht mehr sanieren können und teilweise an Private verkaufen. Neue Altenheime sollen künftig keine Investitionshilfen mehr bekommen, und auch bei der Forensik steuern Sie offenbar auf Privatisierungskurs.

Die Daseinsvorsorge kann aber nicht auf Dauer privatisiert werden. Auch privat betriebene Krankenhäuser und Altenheime haben ihren Preis, und er wird steigen, je mehr sich die öffentliche Hand von diesen Aufgaben zurückzieht. Statt Sozialpolitik zu gestalten, wird von Ihnen der Mangel nur noch verwaltet. Da Ihnen selbst nichts mehr einfällt, soll es nun das Forum Soziales Bayern richten. Sollen jetzt Ehrenamtliche, die hier versammelt sind, die Arbeit der Staatsregierung machen? Oder ist es nicht vielmehr Ihre Aufgabe und sind nicht Sie dafür gewählt, neue Ideen einzubringen, ein neues Konzept vorzulegen?

Zum Sozialen Forum: Wenn es denn einen Sinn machen soll, dann wäre es Ihre Aufgabe gewesen, zunächst einmal eine gesicherte Grundlage zu schaffen, damit dieses Forum Soziales Bayern überhaupt arbeiten kann. Damit bin ich beim Stichwort Sozialbericht. Sie haben sich geweigert, diesen Sozialbericht fortzuschreiben, obwohl dies die beste Handhabe wäre, um den Finger in die Wunde zu legen und da, wo sich Armut in diesem Land immer mehr breit macht, wirksame Gegenkonzepte zu entwickeln. Davon ist weit und breit nichts zu sehen.

Meine Damen und Herren, aber es gibt in Bayern eine Chance. Ein neuer Ministerpräsident mit einem erneuerten

Kabinett sollte den Mut haben, nicht nur, aber auch die bayerische Sozialpolitik auf den Prüfstand zu stellen und die unsinnige, zukunftsfeindliche Kürzungspolitik zu korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wahnschaffe, an Ihrem Beitrag eben habe ich gemerkt, dass die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen in Berlin an Ihnen spurlos vorübergegangen sind.

(Marianne Schieder (SPD): Wir machen doch nicht alles für eine große Koalition! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir sind doch noch gar nicht hineingegangen!)

Ich darf Ihnen zwei Dinge ins Stammbuch schreiben; diese Erkenntnisse müssen Sie auch wirklich aufnehmen, denn sonst ist es nicht möglich, diesen Staat zukunftsfähig zu machen. Man kann nur das ausgeben, was erwirtschaftet worden ist. Das ist das Wesen der sozialen Marktwirtschaft.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ganz was Neues!)

Sie können nicht auf der einen Seite hier in Bayern mit Ihren Dringlichkeitsanträgen heute und morgen Ausgaben aller Art fordern und auf der anderen Seite in Berlin auf Einsparungen drängen. Eine solche Politik nenne ich absolut unglaubwürdig.

(Franz Maget (SPD): Was? – Karin Radermacher (SPD): Ich glaube, da ist Ihnen etwas entgangen!)

Auch der Sozialstaat und die bayerischen Leistungen müssen natürlich auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

Die Nachhaltigkeit muss Prinzip der gesamten Politik sein. Die Begrenzung der Verschuldung ist Dienst an künftigen Generationen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Diese Platte gilt nicht mehr! Der Stoiber ist jetzt weg! Es ist eine andere Platte angesagt!)

Wir können nur da, wo es wirtschaftlichen Aufschwung gibt, eine vernünftige Sozialpolitik betreiben. Deswegen ist der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und wirtschaftlichem Wohlstand untrennbar, und diese Politik wird in Zukunft nicht nur im Freistaat Bayern dominieren. Erlauben Sie mir im Zusammenhang von Haushaltspolitik und Sozialpolitik an dieser Stelle eine grundsätzliche Bemerkung. Irgendwann ist die Grenze erreicht, bei deren

Überschreitung Einsparungen kontraproduktiv sein können, dann nämlich, wenn die Kürzungen Prävention untergraben und zu Mehrausgaben in anderen Bereichen der Sozialpolitik führen.

Ich sage aus sozialpolitischer Sicht sehr deutlich: Nicht jede Maßnahme, nicht jedes Vorhaben, das mit guter Absicht in den siebziger, achtziger oder neunziger Jahren geschaffen wurde, erreicht heute noch diejenigen, die Hilfe brauchen. Denken Sie bitte daran, dass wir die Innovationsfähigkeit der Sozialpolitik insgesamt stärken müssen. Wenn uns dies nicht gelingt, werden wir von den Fakten und auch aus finanzpolitischen Gründen in die Defensive gedrängt.

Ich trete dafür ein, anstatt eines Warenhauskatalogs namens „Sozialbericht“, den Sie wieder angesprochen haben, eine intelligente Alternative zur regelmäßigen Effizienzprüfung sozialpolitischer Maßnahmen einzuführen.

(Beifall bei der CSU)

Grundlage dafür können Ideen sein, wie sie zum Beispiel auch im Papier der Deutschen Bischofskonferenz mit dem Titel „Das Soziale neu denken“ vor mehr als einem Jahr entwickelt wurden. Diese Ideen haben wir im „Forum Soziales Bayern“ auch angesprochen. Mit diesem „Forum Soziales Bayern“ ist eine Basis geschaffen, auf der die Vertreter der sozialen Dienstleistungen in unserem Lande intensiv in den Dialog eingebunden sind. Umso weniger kann ich Ihre Kritik verstehen, dass hier das Ehrenamt tätig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist doch gerade positiv, wenn die Wohlfahrtsverbände und die anderen Vertreter des bürgerschaftlichen Engagements mit der Sozialpolitik, den kommunalen Spitzenverbänden und der Sozialministerin über die wesentlichen Entscheidungen in unserem Lande diskutieren. Das nenne ich eine dialogfähige Sozialpolitik.

(Marianne Schieder (SPD): Und welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?)

Eine Aktuelle Stunde soll aus unserer Sicht auch Gelegenheit zu einer Grundsatzdiskussion geben. Aber es darf und kann hier nicht um das Ob des Sozialstaates gehen, sondern nur um das Wie und seine Finanzierbarkeit. Die Geschichte unseres Landes ist durch den sozialen Ausgleich zwischen finanziell Bessergestellten und sozial Schwächeren, zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen und zwischen Jung und Alt gekennzeichnet. Das Prinzip der Solidarität ist ebenso bedeutsam für die Zukunftsfähigkeit des Landes wie die Stärkung der Eigenverantwortung.

Die viel zitierte Krise muss endlich auch so begriffen werden, wie das Wort im asiatischen Sprachschatz verstanden wird. Die Krise ist eine Chance zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation. Das Beharren auf alten Strukturen in der Sozialpolitik kann uns nicht weiterführen, wenn sich die Bedürfnisse der Menschen zwischenzeitlich weiterentwickelt haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die Bedürfnisse wären schon noch die gleichen!)

Konstruktivität ist dabei das Gebot der Stunde. Ob es die Haushaltskonsolidierung ist, die nachweisbar den Kindern und sozial Schwächeren in unserem Lande zugute kommt, ob es notwendige soziale Strukturveränderungen in den Angeboten sind oder ob es Mehrforderungen im Haushalt betrifft, man kann keine Politik der Zukunft betreiben, wenn man sich den notwendigen Veränderungen verweigert.

So steht für mich fest, dass die Finanzierungskrise der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme als Chance zur Veränderung genutzt werden kann. Das Prinzip der Nachhaltigkeit, das den Haushaltskonsolidierungskurs der Bayerischen Staatsregierung bestimmt, ist ein höchst sozialpolitisches Prinzip. Wer die Schulden in den öffentlichen Haushalten ins Endlose treibt, veranlasst Zinssteigerungen auf dem Kapitalmarkt, die gerade zulasten der sozial Schwächeren gehen. Diesen Zusammenhang sollten Sie bitte auch einmal erkennen, meine Damen und Herren von der Opposition. Wer die Tilgung der öffentlichen Schulden den künftigen Generationen überlässt, versündigt sich an der Zukunftsfähigkeit unserer Kinder, ja aller künftigen Generationen.

Natürlich waren gerade die Einsparungen im Nachtragshaushalt 2004 im Bereich der Sozialpolitik durchaus schmerzhaft. Aber als sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion darf ich der Staatsregierung und insbesondere der Sozialministerin Christa Stewens und Ihrem Haus außerordentlich dafür danken, dass sie die im Kabinett festgelegten Notwendigkeiten mit großem Fingerspitzengefühl umgesetzt hat. Gerade die Stärkung der sozialen Netze und der Verzicht auf Kürzungen in diesem Bereich zeigen, dass hier richtig entschieden worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir befinden uns in einem gravierenden gesellschafts- und damit auch sozialpolitischen Veränderungsprozess. Daher muss parallel auch in der Sozialpolitik darauf reagiert werden. Wir brauchen allerdings Maßstäbe für diesen Veränderungsprozess; diese werden in Zukunft eine noch stärkere Rolle spielen müssen.

Dazu gehört Folgendes: Das soziale Bayern ist gekennzeichnet durch kleinteilige Strukturen und Netzwerke. In einem Flächenstaat werden Menschen am besten durch kleine, basisorientierte Einrichtungen erreicht.

In der bayerischen Sozialpolitik wurde dieses Prinzip bisher stets berücksichtigt. Wir haben in der letzten Woche dazu eine Anhörung zum Bereich Pflege durchgeführt und ich denke, dass es hier in Zukunft einen Schwerpunkt gibt. Dies gilt im Übrigen auch für die neuen und weiter zu entwickelnden Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements. Bei den Entscheidungen für Strukturveränderung müssen die Prävention und die Wirkung von Maßnahmen, die Folgekosten vermeiden helfen, bevorzugt gesehen werden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

So kann eine Beratung in einer Erziehungsberatungsstelle – hier ist die maßgebliche Förderung ja aufrechterhalten worden, und es ist nicht, wie Sie gesagt haben, zu mas-

siven Kürzungen gekommen – oder auch eine präventive Kinder- und Jugendhilfemaßnahme wie zum Beispiel das Programm „Jugendsozialarbeit an Schulen“ Kosten sparen helfen. Jeder Euro, den wir hier investieren, hilft das Drei- bis Vierfache zu sparen.

Es ist eine Aufgabenüberprüfung in allen Strukturen erforderlich. Es muss die Frage gestellt werden, ob es eine öffentliche Finanzierung jeder Beratung und jedes Projektes geben muss, und es ist die Frage, ob das Subsidiaritätsprinzip als wichtiger Baustein in unserer Gesellschaft berücksichtigt worden ist und wird. Es ist notwendig, dass alle am sozialen Bayern Beteiligten ein mittelfristiges Konzept entwickeln, auf das sich Wohlfahrtsverbände und Träger einlassen, das die Politik unterstützt und das die Bürger als sozial nachvollziehbar empfinden können.

Gerade deshalb ist das „Forum Soziales Bayern“ entstanden und entwickelt worden. Wenn Sie, Herr Kollege Wahnschaffe, das Forum jetzt kritisieren, an dem Sie sich wie wir auch beteiligen, dann betreiben Sie hier Augenschere. Versuchen wir doch miteinander, in diesem „Forum Soziales Bayern“ die notwendigen Entscheidungen vorzubereiten. Das ist keine Frage der Parteipolitik.

(Karin Radermacher (SPD): Die Entscheidungen werden immer noch hier im Parlament getroffen!
– Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Für Sie ist das doch ein Einsparungsprogramm!)

Dabei ist es notwendig, dass im gesamten Zuschusswesen die Träger mehr Spielraum im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel erhalten. Ich denke daran, dass in Zukunft Festbetragsfinanzierungen bei den verschiedensten Formen der Bezuschussung absoluten Vorrang haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sozialpolitik und eine nachhaltige Haushaltspolitik sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Nur miteinander können die Wege beschränkt werden, die dauerhaft die Förderung derjenigen ermöglichen, die uns besonders wichtig sind: Das sind die Familien, die Pflegebedürftigen, die Älteren und die Menschen mit Behinderung. Wir befinden uns hier auf einem guten Wege, um Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik und Sozialpolitik miteinander zu verbinden. Daran werden derartige, zum wiederholten Male stattfindende Aktuelle Stunden, die überhaupt keinen Neuigkeitswert haben, nichts ändern.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss zunächst einmal zurückweisen, dass diese Aktuelle Stunde keinen Neuigkeitswert hat; denn ich habe noch gar nicht geredet. Deshalb können Sie noch gar nicht wissen, ob diese Aktuelle Stunde einen Neuigkeitswert hat oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch etwas sehr Positives an den Anfang meiner Rede stellen. Wir haben kritisiert, dass Herr Innenminister Beckstein nicht anwesend ist. Als Positives stelle ich fest, dass Frau Staatsministerin Stewens anwesend ist. Das muss man auch einmal sagen.

(Karin Radermacher (SPD): Das ist relativ!)

– Das ist relativ, aber immerhin ist sie da. Frau Radermacher, das war ironisch.

(Karin Radermacher (SPD): Ach so!)

Eine vorgezogene Wahl hat manchmal auch einen Vorteil. Im Falle unseres noch amtierenden Ministerpräsidenten hat sie den Vorteil, dass er jetzt seinen Ehrgeiz aufgeben kann, eine radikale Sparpolitik für Bayern zu machen, wobei Ehrgeiz in diesem Fall weniger von Ehre als von Geiz geprägt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser radikale Sparkurs hat im schönen Bayernland sehr viele Menschen geschädigt und sehr viele Organisationen in den Ruin getrieben.

(Renate Dodell (CSU): Welche denn? – Unruhe bei der CSU)

– Zum Beispiel die Insolvenzberatung, der Sie sämtliche Mittel gestrichen haben.

(Widerspruch bei der CSU)

– Zuhören, Herr Unterländer! Hinterher haben Sie die Insolvenzberatung durch die Hintertüre schnell wieder eingeführt, aber in viel zu geringem Umfang finanziell ausgestattet. Die Mittel waren bereits im September letzten Jahres verbraucht, und die Insolvenzberatung stand wieder vor dem Aus; das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben bei der Betreuung von Asylbewerbern gespart, und Sie haben bei der Ausländersozialberatung gespart. Sparen ist eigentlich das falsche Wort; Sie haben ganz einfach gekürzt. Sparen hätte ja noch einen Sinn, der sich hinterher herausstellt. Ihre Kürzung aber stellt sich, rückblickend betrachtet, als sehr viel teurer heraus, als Sie es sich je hätten träumen lassen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben bei der Ausstattung der Bezirke gekürzt, welche die Kürzungen sofort mutig an die behinderten Menschen weitergegeben haben. Dazu könnte ich Ihnen vieles erzählen. Ich komme aus der Behindertenarbeit. Es ist nicht lustig, dass behinderte Menschen jetzt am Wochenende in den Heimen sitzen müssen, weil kein Personal mehr da ist, das mit ihnen nach draußen gehen könnte. Sie haben bei notwendigen Investitionen für Altenheime und für Krankenhäuser gekürzt. Sie haben bei der Kinder-

betreuung gekürzt. Sie haben ein Spargesetz auf den Weg gebracht, das sich „BayKiBiG“ nennt, bei dem von vornherein klar war, dass es die Existenz vieler kleiner Einrichtungen bedrohen würde. Ich könnte Ihnen jetzt schon einige nennen – weil sie mir geschrieben haben –, deren Existenz bedroht ist, wenn sie nicht sogar schon dichtmachen müssen. Sie wissen das. Ich will die Diskussion über dieses Gesetz nicht neu eröffnen; denn die Folgen werden Sie noch früh genug einholen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Nachtragshaushalt ist ein Beispiel für ungerechtes, falsch eingesetztes Sparen, das im gesamten Land zu einem sozial schlechten Klima geführt hat. Sie wissen das ganz genau. Sie haben sehr, sehr viel Kritik dafür eingesteckt, und zwar von kompetenter Seite. Sie sind von den Wohlfahrtsverbänden kritisiert worden; Sie sind von den Betroffenen kritisiert worden; Sie sind von Sachverständigen in Anhörungen kritisiert worden. Das alles hat Sie absolut kalt gelassen. Sie haben Ihre so genannte Sparpolitik unbeirrt fortgesetzt.

Gott sei Dank gibt es ab und zu einmal Wahlen. Bei diesen Wahlen haben Sie genau dafür mit einem erdrutschartigen Verlust von 10 % die Quittung bekommen. Für die CSU ist es ein Erdbeben, wenn sie unter 50 % rutscht. Sie haben es geschafft. Ich kann Ihnen auch sagen warum: weil die Bürger in Bayern nicht mehr bereit sind, die Politik, die Sie vertreten, weiterhin mitzutragen und zu schlucken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bürger in Bayern sind die Leidtragenden dieser Politik. Sie haben das „S“ in Ihrem Parteinamen infrage gestellt. Sie haben ein politisches Klima geschaffen, das von sozialer Kälte geprägt ist, und Sie haben dafür die Quittung bekommen. Das haben Sie unterdessen auch bemerkt. Deshalb kommen jetzt plötzlich ganz neue Töne, zum Beispiel von Staatskanzleichef Erwin Huber, der bei einer Caritas-Fachtagung in Augsburg plötzlich die große Bedeutung eines starken sozialen Netzes betonte. Er sagte auch, die soziale Sicherheit werde künftig immer stärker von einer guten Bildung und Ausbildung der Kinder abhängen. Das sind ganz neue Töne, die wir gerne hören und die uns hoffen lassen, dass es vielleicht doch noch zu einem gewissen Richtungswechsel kommen könnte.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Das haben wir schon immer gesagt, Sie haben nicht zugehört!)

Staatskanzleichef Erwin Huber hat vor einem Jahr oder vor zwei Jahren noch ganz andere Töne von sich gegeben. So gab es eine Nachricht, dass er intensiven Druck auf die Bezirke ausübt und fordert, dass die Fachkraftquote in der Pflege gesenkt wird. Davon wird man jetzt vermutlich – oder hoffentlich – so schnell nichts mehr hören. Herr Huber dankt – man höre! – der Caritas, vor allem den vielen ehrenamtlich engagierten Mitarbeitern für ihre praktizierte Mitmenschlichkeit in der Sozialarbeit.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist doch zynisch!)

Gleichzeitig hat die CSU-Fraktion bei den Nachtragshaushaltsberatungen die Mittel für die ehrenamtliche Arbeit weit zurückgefahren. Ich weiß zwar nicht, wo da die Logik ist, aber Sie können mir das sicher erklären.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Für die Ehrenamtlichen?)

– Die Mittel für die Betreuung durch Ehrenamtliche sind gestrichen worden. Wissen Sie das gar nicht? Gleichzeitig werden die Ehrenamtlichen gelobt. Ja, das kann man machen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das kostet ja nichts!)

– Das ist Politik.

Die Folgen Ihrer Kürzungen machen Ihre Einsparungen mehr als wett. Da bei den Sozialpsychiatrischen Diensten am Personal gespart wird, müssen die Menschen, die dort niederschwellig betreut wurden, in die Psychiatrie eingeliefert und stationär behandelt werden. Das führt zu einer Kostensteigerung und ist volkswirtschaftlicher Unsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer weiß, dass Sie ein Recht auf den Kinderkrippenplatz nicht gesetzlich verankern wollen, sondern lieber Notlösungen mit Tagesmüttern schaffen wollen, weiß auch, was Sie von Erziehung und Bildung von Kindern unter drei Jahren halten. Sie werden in einigen Jahren merken, dass auch das teuer wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst kürzlich haben Sie dann versucht, Ihr soziales Renommee dadurch aufzupolieren, dass Sie Herrn Seehofer aus der Versenkung geholt haben.

(Zuruf von der CSU: Das haben wir schon einmal gehört!)

Sie haben Herrn Seehofer zum Landwirtschaftsminister gemacht. Er wird als Landwirtschaftsminister mehr soziale Kompetenz besitzen und einbringen als viele der Kolleginnen und Kollegen, die heute hier sind und soziale Kompetenz heucheln. Ich glaube, dass Herr Seehofer, der zurücktreten musste, weil er sich nach eigenen Aussagen gegen etwas wendete, was nicht kommen wird – die Kopfpauschale – ein Lichtblick in der Sozialpolitik ist. Ich hoffe, dass ein kleiner Funke dieses Lichts auf die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag fallen wird.

Wir haben noch eine Hoffnung. Wir hoffen, dass ein neuer bayerischer Ministerpräsident, ganz gleich wie er heißen wird, neue Akzente setzen wird. Wir hoffen, dass er Sozialpolitik ernster als sein Vorgänger nehmen wird, dass er Bayern zur Spitze auf sozialem Gebiet bringt, nämlich dann, wenn er in der Sozialpolitik eine Kehrtwende schafft. Dazu aber gehört Einiges. Der neue Ministerpräsident müsste Akzente setzen für Chancengerechtigkeit, für Geschlechtergerechtigkeit, für sozialen Ausgleich und für

ein integratives Bayern. Wenn der neue Ministerpräsident dies täte, könnte er zu Recht behaupten: Bayern ist auch sozial Spitze. Jetzt kann man aber nur sagen: Bayern ist Spitze, was soziale Kälte angeht. Das aber ist kein Ruhmesblatt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN fordern deshalb einen Richtungswechsel in der Sozialpolitik. Wir hoffen, dass ein solcher mit einem anderen Ministerpräsidenten gelingen wird. Nur so kann Bayern für alle Bürger Spitze werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Steiger.

Christa Steiger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Unterländer, zu dem Teil Ihrer Rede, der die Bundespolitik betrifft, kann ich nur sagen: Dunkel war Ihrer Rede Sinn. – Wir sind in Bayern und für Bayern gewählt. Nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sagen, Haushalts- und Sozialpolitik seien eine Medaille mit zwei Seiten, dann ist dem entgegenzuhalten, dass sich diese beiden Seiten in Bayern nicht sehen. Das merkt man ganz besonders bei Ihrer Kürzungspolitik. Mit Ihrer Politik der Kürzung haben Sie im Nachtragshaushalt 2004 angefangen. Sie haben damals begonnen, sozialpolitische und staatliche Aufgaben zur privaten Angelegenheit zu machen, und zwar unter dem Stichwort „Eigenverantwortung“. Unter Eigenverantwortung verstehen wir aber, jemanden in die Lage zu versetzen, für sich selbst eigenverantwortlich zu handeln, und das bedeutet: jemanden stärken. Für Sie bedeutet Eigenverantwortung seit 2004 aber, Risiken in das Private zu verschieben.

(Beifall bei der SPD)

In Anlehnung an die Werbekampagne eines einzelnen Herrn, der einem Sozialverband in Bayern vorsteht, könnte man auch sagen: „Unsoziale Politik hat in Bayern einen Namen: CSU.“ Das könnte man sagen, das wäre nicht falsch.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Kürzungen im Nachtragshaushalt 2004 für Menschen mit Behinderung waren nichts anderes als ein sozialer Kahlschlag. Sie haben den Landesplan für Menschen mit Behinderung um über 20 % gekürzt und den Landesaltenplan um über 16 %. Frau Stewens hat letzte Woche in der „Süddeutschen Zeitung“ erklärt:

Bei den Baukostenzuschüssen haben wir im Bereich der Behinderten sehr stark eingeschnitten. Hier sehe ich Schwierigkeiten auf uns zukommen. Einfach weil die Zahl der Menschen mit Behinderung wächst.

Was ist die Konsequenz daraus? – Ihre Konsequenz daraus sind Kürzungen im investiven Bereich.

Nächster Punkt: Blindengeld. Es ist interessant, wie viele Broschüren und Berichte von der Staatsregierung und von den nachgeordneten Behörden vorliegen. Es ist äußerst aufschlussreich, diese Broschüren zu lesen. Dort ist zum Beispiel Folgendes zu lesen:

Mit der Kürzung des Blindengeldes um 15 % konnte das ursprünglich beabsichtigte Kürzungsvolumen deutlich reduziert werden.

Dieses Zitat stammt aus dem Bericht der Verwaltung für Versorgung und Familienförderung. Wo gibt es denn so was? Erst kündigt man 30 % Kürzung an, dann, um sich selbst zu beweihräuchern, erklärt man: Wir haben nur 15 % gekürzt. Das ist doch wirklich dreist!

(Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hat doch Methode!)

Das ist besonders dreist, wenn man bedenkt, wer hiervon betroffen ist: Zwei Drittel der Betroffenen sind über 65 Jahre alt und 68 % der Menschen, die Blindengeld beziehen, sind Frauen. Dazu kommt die mangelnde Finanzausstattung der Bezirke durch den Freistaat. Infolgedessen kam es zur Streichung der Betreuung von Kindern mit Behinderung in den Ferien. Folge waren auch Zweibettzimmer für Sozialhilfeempfänger in Pflege. Folge war des Weiteren die Ablehnung von Anträgen für neue Integrationsplätze in den Kindergärten. Schließlich kommt noch das Manko in den Ausführungsgesetzen des SGB nach bayerischer Art hinzu, nämlich: keine Zusammenlegung bei der Zuständigkeit der ambulanten und der stationären Hilfe für Menschen mit Behinderung.

(Beifall bei der SPD)

Sie lehnen die Fortschreibung des Sozialberichtes ab, denn der erste ergab – und hier müssen die Alarmglocken schrillen –, dass wir in Bayern Bildungsarmut haben. Bildungsarmut bedeutet, dass die Auslese in den höheren Bildungsabschlüssen so hoch wie in keinem anderen Bundesland ist. 10 % der Kinder verlassen die Schulen ohne Abschluss. In einem reichen Land wie dem Freistaat Bayern ist das nicht hinnehmbar.

(Beifall des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Wenn Sie auf die Zukunft der Kinder verweisen, so machen Sie mit Ihrer Sparpolitik die Zukunft vieler Kinder schlichtweg kaputt. Dazu tragen folgende Einsparungen bei: das Büchergeld, der Stundenausfall aufgrund der fehlenden Lehrer. Die Liste ließe sich ohne Ende fortsetzen. Sie sparen – aber damit belasten Sie die Familien.

Sie haben ein beispielloses Sparkonzert angestimmt. Beim Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ haben Sie die Landesmittel gestrichen. Beim Jugendprogramm haben sie ebenfalls gestrichen. Gestrichen haben Sie auch bei

der Betreuung von Aussiedlern und bei den beruflichen Anpassungsmaßnahmen. Auch diese Liste ließe sich fortsetzen. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, die Folgen dieser Politik haben Sie selbst gespürt. Ziehen Sie endlich die Konsequenz und ändern Sie Ihre politische Ausrichtung in der Sozialpolitik.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dodell.

Renate Dodell (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wahnschaffe, das Thema, welches Sie heute zum Thema der Aktuellen Stunde gekürt haben, begleitet uns wie ein Dauerbrenner über lange Zeit.

(Zuruf von der SPD: Klasse!)

Dadurch wird es aber weder aktueller noch dringlicher. Wir werden uns hier immer wieder damit auseinandersetzen und wahrscheinlich nicht auf den gleichen Nenner kommen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wer nicht hören will, muss fühlen! – Zuruf von den GRÜNEN: Reden Sie doch mehr dazu!)

Nach der Bundestagswahl wurde sehr schnell darüber diskutiert, was eigentlich sozial ist. – Was aber ist sozial? Was ist soziale Balance? Was ist soziale Gerechtigkeit?

(Franz Schindler (SPD): Das haben Sie in Ihrem Wahlprogramm doch noch gewusst!)

Überlegen Sie sich einmal, was „sozial“ für den Einzelnen bedeutet. Ich glaube, für den Einzelnen bedeutet „sozial“ etwas völlig Unterschiedliches. Der eine sagt, für mich ist es sozial, wenn ich möglichst viele Leistungen vom Staat erhalten kann.

(Christine Stahl (GRÜNE): Pfui! – Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

– Solche Anschauungen gibt es sehr wohl in unserem Land.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN – Glocke der Präsidentin)

Für andere ist es sozial, wenn sie möglichst eigenverantwortlich sich selbst organisieren, sich selbst erhalten und über Wasser halten können. Für andere Personen ist es sozial, wenn sie möglichst viel Freiraum erhalten. Für den Dritten ist es sozial, wenn er von der Solidargemeinschaft dann Hilfe bekommt, wenn er selbst in Nöten ist. So gehen die Auffassungen darüber, was sozial bzw. was soziale Gerechtigkeit ist, in unserem Lande weit auseinander.

(Franz Schindler (SPD): Jeder blamiert sich so gut er kann, Frau Dodell!)

Ich frage Sie, ob es sozial ist – wir werden darüber intensiv diskutieren und den Begriff neu definieren müssen –, wenn eine immer kleiner werdende Arbeitnehmerschaft in unserem Lande alles an sozialen Sicherungssystemen schultern muss. Auch das ist nicht sozial.

Die größte soziale Ungerechtigkeit in diesem Lande ist die hohe Arbeitslosigkeit. Deshalb ist alles sozial, was die Arbeitslosigkeit vermindert und die Menschen wieder in Lohn und Brot bringt, damit sie sich selbst organisieren und mit ihrem Verdienst ihr Leben bestreiten können. Diese Diskussion werden wir führen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die größte Herausforderung wird die Demographie sein, die die sozialen Probleme verschärfen wird. Deshalb sage ich klipp und klar: Die beste Sozialpolitik besteht darin, in Kinder und Familien zu investieren. Das muss Priorität haben. Wir müssen investieren zum einen in eine wertgebundene Erziehung, weil diese die Qualität unserer Gesellschaft in der Zukunft ausmacht, und zum anderen in Bildung und Ausbildung. Auf diese Weise werden über Forschung und Innovationen Arbeitsplätze und damit Wohlstand geschaffen und damit Sozialpolitik im weitesten Sinn gesichert.

Frau Ackermann hat hier am Rednerpult viele Wünsche geäußert. Ich frage Sie: Wo kommt das Geld dafür her? – Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie vergessen alle miteinander, dass wir weniger Geld in den Kassen haben durch die unsägliche Politik, die Rot-Grün in den letzten sieben Jahren betrieben hat. Die hohe Arbeitslosenzahl ist mit dafür verantwortlich, dass wir das Geld nicht mehr haben, um vieles zu finanzieren. Deshalb müssen wir Prioritäten setzen. Der Ministerpräsident hat ganz klar darauf gesetzt: Sparen, reformieren, investieren – investieren in Familien, Bildung und Hochschulen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, einen Augenblick, ich möchte Ihnen ein wenig mehr Ruhe verschaffen. Zwischenrufe sind in Ordnung, aber Rede und Zwischenrufe sollten sich die Waage halten. Ich bitte um etwas mehr Disziplin. Frau Kollegin, bitte schön.

Renate Dodell (CSU): Frau Präsidentin, ich sage es noch einmal: Investieren sollte man in Familien, Bildung und Hochschulen. Das ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass wir in Bayern sozial bleiben können. Deshalb bekennen wir uns uneingeschränkt dazu, dass wir uns nicht auf Teufel komm raus zulasten der folgenden Generationen verschulden. Auch das wäre in höchstem Maße unsozial. Aus diesem Grund kann ich Ihnen nur noch einmal deutlich machen, Bayern ist Familienland. Familienpolitische Leistungen machen knapp ein Drittel der Gesamtausgaben des Einzelplans 10 aus. Sie waren es, die das Landeserziehungsgeld im Grunde abschaffen wollten. Wir haben es erhalten und gesichert; auch das muss einmal gesagt werden.

Lassen Sie sich auch bitte noch einmal sagen, dass wir ganz bewusst mehr als 300 Millionen Euro aus Privatisie-

rungerlösen in zusätzliche Kinderbetreuungsplätze investiert haben.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wo ist das Geld denn?)

– Das ist in viele Kinderbetreuungsplätze geflossen. Das sehen Sie, wenn Sie vor Ort genauer hinschauen. Diese Kinderbetreuungsplätze versetzen viele Familien in die Lage, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir einen letzten Satz. Auch wenn Sie es tausendmal bestreiten, in der Bildungspolitik machen wir Sozialpolitik im besten Sinne. Tausende von Lehrerstellen, die wir geschaffen haben, und die notwendigen Umstrukturierungen im Schulsystem haben uns beste Pisa-Ergebnisse beschert. Wir sind fest entschlossen, das alles fortzuführen zum Wohle unserer Kinder; denn dann haben wir künftig die Leistungsträger, die eine gute Sozialpolitik weiter ermöglichen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Manche Parlamentarier der CSU sollen durch Schaden klug werden. So entnimmt man der Presse, dass das auch für einige CSU-Kolleginnen und -Kollegen gilt, die die Ursache des Stimmenverlustes ihrer Partei in der mangelhaften Sozial- und Familienpolitik sehen. Für Sie, liebe Frau Dodell, scheint das leider nicht zu gelten.

(Beifall bei der SPD)

Sie stellen heute noch einmal die Frage, was denn sozial ist, und beantworten die Frage mit der Aussage: Sozial ist, was Arbeit schafft. Ich sage Ihnen: Sozial ist das, was vor allen Dingen Behinderten, Benachteiligten, Aids-Kranken und insbesondere Familien hilft. Die größten Verlierer der bayerischen Sparpolitik sind die Familien. Deshalb möchte ich darauf ein besonderes Augenmerk richten.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen Familien stärker fördern als bisher – das waren die viel zitierten Worte des scheidenden Ministerpräsidenten Stoiber in seiner Regierungserklärung vor zwei Jahren. Jetzt wendet sich Herr Stoiber – man kann auch sagen: endlich – ganz der Bundespolitik zu. Seine familienpolitische Bilanz hier in Bayern ist ein Armutszeugnis. Die familienpolitische Schadensliste der Stoiberschen Sparpolitik ist lang, und was noch viel schlimmer ist, Frau Stewens, Sie kündigen bereits eine neue Sparrunde in der Sozialpolitik an.

Aber lassen Sie uns zurückblicken: Das Landeserziehungsgeld wurde seit 2002 um mehr als 65 Millionen Euro gekürzt. 60,94 % wurden beim ersten Kind gekürzt, 15,14 % betrug die Kürzung bei Familien mit drei Kindern,

obwohl die Umschichtung gerade den Familien mit mehr Kindern zugute kommen sollte. Ich habe im Tätigkeitsbericht „Versorgung und Familienförderung in Bayern“, den Sie neulich ausgeteilt haben, nachgelesen. Da wird von einem ungekürzten Landeserziehungsgeld gesprochen. Frau Stewens, man kann sich nur wundern, mit welcher Dreistigkeit in Bayern Familien geschröpft und danach auch noch belogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Vom Landeserziehungsgeld zum neuen Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, dem Spargesetz der letzten Jahre schlechthin! Die neuen Förderrichtlinien für Kindertagesstätten stehen unter dem Vorbehalt der Kostenneutralität, was heißt, die Kosten sind gedeckelt und dürfen nicht ausgeweitet werden, obwohl künftig mehr Kinder gefördert werden sollen. Die Mittel, die bisher für Kindergärten zur Verfügung standen, sollen künftig für Kinderkrippen, Kindergärten und Horte ausreichen. Für mehr zu fördernde Kinder steht das gleiche Geld zur Verfügung. Besonderer Hohn ist dabei, dass mit diesen gleich bleibenden Mitteln bei mehr Kindern auch noch bessere Bildungsarbeit geleistet werden soll. Wie das gehen soll, Frau Stewens, bleibt Ihr Geheimnis.

(Beifall bei der SPD)

In Bayern fehlen Kinderkrippenplätze, Hortplätze und Ganztagsbetreuungsplätze. Wir brauchen uns hier über die Zahlen nicht weiter zu verständigen. Doch anstatt endlich Anreize für die Einrichtung neuer Plätze zu schaffen, haben Sie, Frau Stewens, ein Gesetz vorgelegt, mit dem das Chaos auf diesem Gebiet einkehrt. Kommunen wissen nicht mehr, wie die Bedarfsplanung nach dem Gesetz aussehen soll, Eltern wissen immer noch nicht, wohin mit ihren Kindern, und Erzieher bangen um ihre Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, damit nicht genug in der bayerischen Familienpolitik: Büchergeld, Kürzungen bei der Jugendarbeit und die geplanten Studiengebühren setzen der Familienpolitik in Bayern ein Sahnehäubchen auf. Allein in der Jugendarbeit hat der Freistaat Bayern seit 2002 4,8 Millionen Euro eingespart. Viele Angebote für Jugendliche können nur unter immer größeren Anstrengungen von Ehrenamtlichen aufrechterhalten werden und werden für die Eltern und die Kinder immer teurer. Ich war vergangene Woche in einem Gymnasium in Schwaben und habe mit den Schülern der 10. Klasse gesprochen.

Es ist nicht nur so, dass diese Schüler für ihre 40 Euro Büchergeld nie ein einziges neues Schulbuch sehen werden, da sie das G 9 besuchen. Viele haben mir erzählt, wie schwer es für ihre Familien ist – insbesondere, wenn es sich um Kinder von Alleinerziehenden handelt –, zusätzlich 40 Euro für Klassenfahrten, Kopien, Mittagessen usw. aufzubringen. Was die Schüler ganz besonders belastet, ist die Tatsache, dass sie künftig auch noch zu Studiengebühren herangezogen werden sollen.

500 Euro sind im Gespräch. Das ist für Familien, die wenig haben, sehr viel Geld.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe gestern im Internet recherchiert und auf der Seite des Wirtschaftsministeriums die Aussage gefunden: Bayern zählt zu den wirtschaftlich stärksten Regionen weltweit. Auf der anderen Seite sind ein Drittel der Empfänger von Sozialhilfe in Bayern Kinder und Jugendliche. Das Armutsrisiko steigt in den Familien entsprechend der Anzahl der Kinder.

Ich muss zum Schluss kommen, da meine Redezeit zu Ende geht. Ich kann Sie nur auffordern: Machen Sie endlich Schluss mit dieser Art der Familienpolitik. Machen Sie eine echte Familienpolitik, die Familien zugute kommt. Ich kann nur an Herrn Huber und Herrn Beckstein appellieren, dass sie sich künftig nicht nur im Wahlkampf mit Familienpolitik positionieren, sondern tatsächlich eine Politik betreiben, die dem Namen gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Die Frau Staatsministerin Stewens hat um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wahnschaffe, es gab in der Tat in der Abfolge des Ergebnisses der Bundestagswahl eine Diskussion über die Sozialpolitik. So, wie Sie das Prominenten in den Mund geschoben haben, ging es im Grundsatz um das Regierungsprogramm. Worüber wir heute diskutieren und was Sie vorbringen, hat wenig mit der Aktuellen Stunde zu tun. Hierbei geht es im Endeffekt um den Nachtragshaushalt 2004 und dabei konkret um den Einzelplan 10. Mir ist übrigens aufgefallen, dass Sie kurz nach den Bundestagswahlen – das Ergebnis der SPD war übrigens auch nicht so hervorragend; es war seit 50 Jahren das schlechteste Ergebnis in Bayern – eine Pressemitteilung zur Sozialpolitik in Bayern hervorgezogen haben, die Sie Anfang dieses Jahres fast wortgleich schon einmal veröffentlicht haben. Es gab wohl jetzt nicht viel Neues. So viel zur Aktualität in der Sozialpolitik, Herr Kollege Wahnschaffe.

In meinem Interview habe ich keineswegs weitere Einschnitte im Einzelplan 10, im Sozialhaushalt, angekündigt. Aber ich habe ganz klar gesagt: Von diesem Sparkurs kommen wir nicht runter. Ich denke an die Defizite von Bund, Ländern und Kommunen, ich denke an das Riesenhaushaltsloch. Da sitzt jetzt die Große Koalition dran und überlegt, welchen Sparkurs sie auf den Weg bringt. Sie wollen doch vor diesem Hintergrund den Menschen nicht ernsthaft vormachen, wir könnten wieder mehr Geld ausgeben, obwohl wir immer weniger Steuereinnahmen haben, Herr Kollege Wahnschaffe. Das wäre doch wirklich absolut unrealistisch. Wenn ich mir die Verschuldung des Bundes in einem Umfang von 1500 Milliarden Euro mit einer Zinsbindung von 40 Milliarden Euro im Bundeshaushalt ansehe und mir gleichzeitig ansehe, welche Belastungen in den Sozialversicherungen wir vor uns herschieben, und zwar vor dem Hintergrund der demographi-

schon Entwicklung, dann kann ich doch den Menschen in Deutschland nicht sagen: Wirtschaftet weiter so. Nein, wir müssen umdenken, und wir brauchen wieder mehr Verantwortungsbewusstsein.

Ich gebe Ihnen aber durchaus Recht. Man muss aufpassen, dass Aufforderungen, die die Verantwortung des Einzelnen stärker anmahnen, nicht mit Kürzungen im Sozialhaushalt oder in anderen Haushalten gleichgesetzt werden. Davor haben die Menschen Angst und deswegen leidet die Glaubwürdigkeit der Politiker ein Stück weit. Das ist überhaupt keine Frage.

Es tut mir leid, dass Sie das Sozialforum schlecht gemacht haben. Das ist zugegebenermaßen ein völlig neuer Weg. Ich habe allen Trägern im Sozialforum Verantwortung gegeben. Es sind interessante Partner dabei: Gewerkschaften, der Verband der Bayerischen Wirtschaft, Kosten- und Leistungsträger sowie Wohlfahrtsverbände. Es sind auch die kommunalen Spitzenverbände und alle Parteien mit eingebunden. Es ist ein spannender Weg, den wir gemeinsam gehen sollten, um notwendige Strukturveränderungen auf den Weg zu bringen.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich habe es mir sehr genau überlegt, keine Lösungen vorzugeben. Das ist kein Armutszeugnis, Herr Wahnschaffe, sondern ein neuer Demokratieprozess. Das ist ein ganz anderer Weg, den wir gemeinsam gehen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das entbindet Sie nicht von Ihrer Verantwortung!)

Deswegen halte ich diese Diskussion, die wir in den Arbeitskreisen führen, für ungeheuer wichtig. Ich halte sie übrigens auch aus der Parteipolitik heraus.

Lassen Sie mich, Frau Kollegin Dr. Strohmayr, noch einiges zum Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz sagen; Ihre Aussagen haben mich auf den Plan gerufen: Sie behaupten immer das Gleiche. Sie behaupten immer, es handle sich um den gleichen Haushaltsansatz für mehr Kinder. Der Punkt ist, dass wir den Kommunen die Verantwortung für die Bedarfsplanung geben. Wenn Kinderbetreuungsplätze in die Bedarfsplanung der Kommunen aufgenommen werden, dann müssen die Kommunen und dann muss auch der Freistaat finanzieren. Das bedeutet, dass die Kommunen einen Rechtsanspruch auf Finanzierung durch den Freistaat haben. Wenn ich 378 000 Kinder in der staatlichen Förderung habe, dann haben die Kommunen einen Rechtsanspruch auf 378 000-mal kindbezogene Förderung. Wenn die Kommunen 400 000, 420 000 oder 450 000 Kinder in der Förderung haben – wir wollen den Ausbau der Kinderförderung, wir haben die Flexibilisierung möglich gemacht, wir nehmen Private mit herein, wir rechnen bei den Kommunen auch das, was Firmen mit einbringen, als kommunalen Anteil an –, dann haben die Kommunen einen Rechtsanspruch auf 400 000-, 420 000- oder 450 000-mal kindbezogene Förderung. Das sollten Sie endlich einmal kapiieren.

378 000-mal den Basiswert ist weniger als 450 000-mal den Basiswert. Hinzu kommen noch bestimmte Gewichtungsfaktoren. Das ist ein einfaches Rechenexempel, und

deswegen sollten Sie nicht ständig etwas Falsches erzählen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte Ihnen als Nächstes sagen – Frau Kollegin Dodell hat darauf schon hingewiesen –: Wir haben Schwerpunkte gesetzt, Herr Kollege Wahnschaffe, zum Beispiel bei der Familienpolitik. Ein Drittel der Mittel meines Haushalts wird rein für Familien ausgegeben. Der ganz große Brocken dabei ist die Kinderbetreuung. Kolleginnen aus anderen Ländern sagen mir, sie würden gern ebensoviel Geld in die Kinderbetreuung investieren, sie würden gern eine kindbezogene Förderung einführen, sie könnten aber die kindbezogene Förderung nicht abfedern. Wir haben sie mit dem 313-Millionen-Euro-Programm abgefedert. Sie vergessen das übrigens in Ihrer Auflistung.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Weil niemand erklärt hat, wo das Geld ist! Das möchte ich einmal erklärt haben!)

Sie vergessen die Privatisierungserlöse im Umfang von 10 Millionen. Und Sie vergessen gleichzeitig die 6 Millionen, die wir für die Netze für Kinder und Mütterzentren ausgeben.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Tagesmüttern sagen: Es handelt sich dabei um kein Notprogramm. Ich bin mir darüber mit meiner Kollegin, Bundesfamilienministerin Renate Schmidt, die aus Ihrer Partei kommt, völlig einig. Sie hat die Tagesmütter auch in das Tagesbetreuungsausbaugesetz des Bundes mit aufgenommen. Die Franzosen stellen 30 % der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen durch Tagesmütter sicher. Das, was in anderen Ländern schon hervorragend läuft, können Sie doch nicht als Notprogramm abtun. Es ist eine hervorragende Geschichte, Tagesmütter zu qualifizieren, ihnen mehr Geld zu geben und damit neue Jobs zu schaffen. Ich halte das für ungeheuer wichtig. Deshalb qualifizieren Sie das nicht ab.

Unser Schwerpunkt ist die Familienpolitik, und sie wird es bleiben, weil wir die Rahmenbedingungen so setzen wollen, dass junge Eltern wieder Mut zu Kindern haben.

Herr Kollege Wahnschaffe, lassen Sie mich noch etwas zum Maßregelvollzug sagen: In den letzten zehn Jahren haben wir eine 100-prozentige Steigerung der Maßregelvollzugspatienten zu verzeichnen. Die Kostensteigerungen belaufen sich jedoch auf knapp das Dreifache. Daran sehen Sie doch, dass etwas mit dem Maßregelvollzug nicht stimmt. Jetzt sagen Sie, ich wollte den Maßregelvollzug privatisieren. Ich habe ein Gutachten in Auftrag gegeben und die Privatisierung nicht ausgeschlossen. Das Ergebnis liegt noch nicht vor, wir haben aber ein Zwischenergebnis. Danach machen sich die Bezirke auf den Weg und überlegen, wo sie selbst Kosteneinsparungen auf den Weg bringen können. Genau das wollen wir.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

– Herr Kollege Wahnschaffe, Sie alleine können das mit Sicherheit nicht. Deshalb sollte aufgezeigt werden, ob eine Holding gegründet werden sollte oder ob die Maßregelvollzugspatienten anders verteilt werden sollten. Außerdem müssen wir prüfen, was mit den nicht schuldfähigen Patienten geschehen soll. Wir müssen prüfen, ob diese Patienten im teuren Maßregelvollzug untergebracht werden sollten. Diese Fragen sind ungeheuer wichtig. Sie bedeuten aber nicht, dass wir in eine 100-prozentige Privatisierung einsteigen wollen.

Nun zur Insolvenzberatung. Sie haben behauptet, dass angeblich Insolvenzberatungsstellen dichtgemacht hätten. Wir hatten ursprünglich einmal höhere Mittel dafür eingeplant. Diese sind jedoch von den Trägern nicht abgerufen worden. Im Nachtragshaushalt 2004 hatten wir dafür eine Million Euro zur Verfügung, zu der noch einmal 700 000 Euro hinzugekommen sind. Diese Mittel stehen im Haushaltsjahr 2005 zur Verfügung. Ich habe sie auch für das Jahr 2006 wieder eingestellt, sodass bei der Insolvenzberatung effektiv keine Mittel gekürzt worden sind.

Zu den Fachkraftquoten in der Pflege: Die Bezirke haben einmal über die Senkung der Fachkraftquoten diskutiert. Dazu gab es aber immer ein klares Nein der bayerischen Sozialministerin. Ich bin gegen die Senkung der Fachkraftquote, die übrigens in einem Bundesgesetz geregelt ist. In diese Richtung gibt es überhaupt keine Bestrebungen. Sie haben gesagt, dass die Bezirke sparen müssten. An den Verhandlungen über den Pflegesatz und über die Eingliederungshilfen sind der Freistaat und das Sozialministerium nicht beteiligt. Das möchte ich hier klarstellen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas zum Landeserziehungsgeld sagen: Ich finde es ein Stück weit unfreudig, wenn die SPD, die den Wunsch hat, das Landeserziehungsgeld gänzlich zu streichen, uns den Vorwurf der sozialen Kälte macht, weil wir das Landeserziehungsgeld umgestaltet haben.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie dünne das doch seit Jahren aus! Das kriegt alles der Herr Fatthäuser!)

– Ich weiß, dass Ihnen das weh tut. Wir hatten den Mut, das Landeserziehungsgeld umzugestalten. Übrigens gibt es nur vier Länder, die ein Landeserziehungsgeld zahlen. Kein SPD-Land ist dabei. Diese Länder zahlen nämlich grundsätzlich keine solchen Familienleistungen.

(Beifall bei der CSU)

Wie kalt sind die von Ihnen geführten Länder? Nur vier Länder zahlen dieses Geld, und diese Länder sind ausschließlich unionsgeführt. Bayern ist mit seinem Landeserziehungsgeld – im Jahre 2006 werden es 100 Millionen Euro sein – bei den höchsten Summen dabei.

Das gilt auch für das Blindengeld; denn wir haben das Blindengeld nur um 15 % gekürzt. Wir sind das Land, das nach wie vor das höchste Blindengeld in Deutschland zahlt. Wenn ich mit den Sozialministern – unabhängig davon, ob sie aus den A- oder B-Ländern stammen –

rede, träumen die vom Sozialstaat Bayern. Wir haben es geschafft, das soziale Antlitz Bayerns zu wahren.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Fischer.

Herbert Fischer (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich das Thema der heutigen Aktuellen Stunde erfahren habe, war ich sehr verwundert; denn ich glaubte, dass das Wesentliche bereits bei den Haushaltsberatungen begründet und ausdiskutiert worden sei. Diese Aktuelle Stunde baut auf einer Pressemitteilung der SPD-Fraktion auf. Die SPD will die Haushaltspolitik der Bayerischen Staatsregierung und der CSU als unsozial darstellen. Es bleibt jedoch bei einem untauglichen Versuch. Durch ständige Wiederholungen werden die Behauptungen der Kolleginnen und Kollegen der SPD nicht richtiger.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Herr Fischer, das sagen Sie, ohne rot zu werden?)

Selbst der SPD müsste inzwischen bewusst geworden sein, in welcher dramatischen Situation sich die öffentlichen Haushalte befinden. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen: Die Staatsverschuldung liegt mit unvorstellbaren 1,45 Billionen Euro auf Rekordhöhe. Allein der Schuldenstand des Bundes ist seit 1999 um knapp 200 Milliarden Euro gestiegen. Das bedeutet, dass der Bund pro Tag über 100 Millionen Euro nur für die Zinsen bezahlen muss. Das engt den notwendigen Gestaltungsspielraum auf Bundesebene ein.

Die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich wiederholt verschlechtert. Ich erinnere an die letzte Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres. Zum neunten Mal in Folge hatten wir drastische Steuermindereinnahmen zu verzeichnen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Die nächsten stehen bevor!)

Die Einnahmen bestimmen die Ausgaben. Dieser Satz gilt für die SPD nicht. Unser Ziel, im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung zu erreichen, ist kein Selbstzweck. Unser nachhaltiger Konsolidierungskurs ist in unmittelbarem Zusammenhang mit der Generationengerechtigkeit zu sehen. Ein ausgeglichener Haushalt dient in erster Linie unseren Kindern und Enkeln. Nur so können wir uns und den zukünftigen Generationen die Spielräume schaffen, die erforderlich sind, um den Herausforderungen der Zukunft effektiv zu begegnen und auch in späteren Jahren ein lebenswertes Bayern zu gestalten. Dies betrifft vor allem die Felder der Sozialpolitik.

Entgegen den wiederholten Behauptungen der SPD-Fraktion sind die Ausgaben im Sozialhaushalt trotz der finanzwirtschaftlich notwendigen Einsparungen im Jahr 2006 gegenüber dem Jahr 2003 effektiv um 62 Millionen Euro erhöht worden. Dabei liegen die Schwerpunkte des Sozialhaushalts klar bei den Leistungen für Familien und Kinder, was heute bereits dargestellt wurde. Der Umfang der freiwilligen Leistungen wurde im Jahr 2005 um 8 %

erhöht. Im Jahre 2006 werden die freiwilligen Leistungen noch um weitere 1,1 % steigen. Dies ist angesichts der Tatsache, dass der Großteil des Sozialhaushalts nicht disponibel ist, umso beachtlicher.

Ich möchte jetzt auf einige Beispiele eingehen. Frau Staatsministerin Stewens hat die Insolvenzberatung genannt. Obwohl die Höhe der Fallpauschalen seit dem 1. Januar 1999 unverändert ist, konnte die Justiz seit 2002 die Ausgaben für die Insolvenzberatung kontinuierlich steigern. In diesem Jahr betragen die Mittel im Haushalt 1,75 Millionen Euro. Frau Kollegin Steiger, Sie haben die Kürzung des Blindengelds angesprochen. Diese Kürzung im investiven Bereich ist nur vorübergehend.

Frau Kollegin Dr. Strohmayr, ich würde keine Kritik am Landeserziehungsgeld üben, wenn ich selbst das Landeserziehungsgeld abschaffen wollte.

Zum Blindengeld: Wir sind eines der wenigen Länder, das überhaupt noch ein einkommensunabhängiges Blindengeld gewährt. Nach der Kürzung des Blindengeldes um 15 % zum 1. April 2005 liegt Bayern bei der Höhe des Blindengeldes mit knapp 500 Euro monatlich an der Spitze der Bundesländer. Das hat Frau Staatsministerin Stewens schon erwähnt. Ich könnte auch auf das Landesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“ eingehen. Wir fördern die ehrenamtlichen Strukturen in Bayern in diesem Haushaltsjahr mit je 320 000 Euro.

Ein wesentlicher Pfeiler der bayerischen Arbeitsmarktpolitik ist der Arbeitsmarktfonds. Dafür wurden zielgerichtet 11 Millionen Euro eingesetzt. Diese Mittel fließen in Projekte zur Verbesserung der Ausbildungssituation.

Wir brauchen unseren Haushalt vor keinem anderen Bundesland zu verstecken. Frau Staatsministerin Christa Stewens hat in ihrer Haushaltsrede im Januar dieses Jahres zu Recht festgestellt, dass der bayerische Sozialhaushalt verlässlich ist, weil er die Leistungen, die das soziale Bayern ausmachen, auch künftig sicherstellt.

Dieser Haushalt ist getragen von der notwendigen Haushaltsverantwortung. Wenn es bei den zurückliegenden Haushaltsberatungen nach der Opposition gegangen wäre, hätte es aufgrund einer Reihe von Änderungsanträgen eine weitere Verschuldung zulasten der nächsten Generationen gegeben. Ihre Änderungsanträge hätten für die beiden Haushaltsjahre Mehrausgaben von über 60 Millionen Euro ohne brauchbare Gegenfinanzierungsvorschläge bedeutet. Im Grunde waren es nicht gedeckte Anträge.

Meine Damen und Herren von der SPD, wenn der künftige Bundesfinanzminister der SPD seine Vorschläge zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes vorlegen wird, wird hoffentlich auch bei Ihnen ein Lernprozess für mehr Haushaltsverantwortung einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier schon Bemerkenswertes gehört, zum Beispiel, dass die zuständige Sozialministerin öffentlich sagt, Sozialpolitik sei nicht aktuell. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Unterländer hat hier erklärt, wir hätten keine Neuigkeiten. Leider habe ich schon Neuigkeiten für Sie, und zwar bad news. Im Gegensatz zum Journalismus gilt hier aber nicht der Satz: bad news are good news. Sondern hier sind schlechte Neuigkeiten tatsächlich schlechte Neuigkeiten.

Die beiden Haushalte – der Nachtragshaushalt 2004 und der Doppelhaushalt 2005/2006 – haben in vielen Bereichen dramatische Auswirkungen auf die Sozialpolitik gehabt. Der Trend geht weiter, und er wird sich noch verstärken. Im Übrigen bräuchten wir für die umfassende Aufstellung eher einen aktuellen Tag als eine aktuelle Stunde. Die Zeit reicht wahrlich nicht, um alles aufzuzeigen, was negative Auswirkungen hat. Ich will mich auf einige Punkte beschränken.

Frau Ministerin, Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitsfraktion, Sparen ist recht und schön. Eine nachhaltige Haushaltspolitik ist aber eine Politik, die nicht durch Kürzungen Mehrausgaben auf anderen Gebieten verursacht. Auch das sollten Sie sich vielleicht einmal überlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein konkretes erstes Thema ist die Krankenhausfinanzierung. Anstatt in der schwierigen Situation des Umbaus mit dem Fallpauschalengesetz die Krankenhäuser zu unterstützen, haben Sie auf diesem Gebiet die Gelder dramatisch zurückgefahren. Sie haben die längst überfällige Novellierung des Krankenhausgesetzes erst jetzt vorgelegt. Seit Jahren mahnen wir dies an. Deswegen müssen derzeit Häuser schließen. In einzelnen Regionen droht eine Mangelversorgung. Auf der anderen Seite haben wir aber auch eine medizinisch unsinnige und teure Überversorgung. Die Verantwortung dafür liegt bei Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein zweites Thema sind die sozialpsychiatrischen Dienste. Wie sind sie nicht von allen, auch von Ihnen, Frau Ministerin, in Sonntagsreden hoch gelobt worden. Wie schaut es aber in der Realität aus? Wegen 3 Millionen Euro jährlich haben Sie billigernd in Kauf genommen, dass an vielen Stellen diese auch nach ihren Angaben wichtigste Säule der ambulanten psychiatrischen Versorgung zusammengebrochen ist. Dazu brauche ich mir keine Szenarien an die Wand zu malen. Dazu muss ich nur Ihre eigenen Zahlen nehmen. Am 13. November 2003 haben Sie, Frau Stewens, im Ausschuss davon gesprochen, dass es in Bayern 110 Dienste inklusive der Außenstellen gibt. Am internationalen Tag der seelischen Gesundheit, am 10. Oktober dieses Jahres, waren es 79 Dienste mit 18 Außenstellen. Das sind zusammen 97. Das heißt, 13 sozialpsychiatrische Dienste – das sind mehr als

10 % – haben in den letzten zwei Jahren bereits schließen müssen. Aus eigener Erfahrung kenne ich aber viele Träger, die derzeit noch Mittel zuschießen, um die Situation zu überbrücken. Das heißt, auch auf diesem Gebiet wird der Abbau noch sehr viel größer werden. Er ist noch lange nicht beendet. Es gehört schon ein großes Maß an Zynismus dazu, wenn Sie an jenem 10. Oktober vom Aufbau der ambulanten Versorgung sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Was soll denn mit den betroffenen Patienten passieren, deren Zahl ständig ansteigt, zumal zum Teil die Zahl der stationären Betten ständig reduziert wird? Was passiert mit diesen Menschen? Dafür müssen Sie doch irgendwann einmal Lösungsansätze vorlegen.

Ein drittes Thema sind Medienberichte über dramatisch steigende Erkrankungsfälle bei Syphilis und HIV. Ich weiß schon, dass Sie das nicht gerne hören und dass Sie noch weniger gerne über diese Themen sprechen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitsfraktion. Dass man diese Krankheiten aber totschweigt, ändert nichts an den Tatsachen. Was müsste auf diesem Gebiet passieren? Wir brauchen mehr Aufklärung und mehr niederschwellige Angebote. Das heißt, dass wir nicht nur darüber reden, sondern dass Menschen, die die Jugendlichen erreichen, auch Geld dafür bekommen. Was haben Sie getan? Sie haben die Mittel gekürzt. Sie haben Mittel gestrichen oder haben sie erst gar nicht bewilligt. Sie können das Ergebnis ihrer Politik tagtäglich an den Zahlen nachlesen, die in der Zeitung stehen, sofern Sie sie nicht schon kennen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Initiative zum Kommunalen Entlastungsgesetz wurde Gott sei Dank gestoppt, im Übrigen auch von ihren eigenen Bundestagsmitgliedern der CSU, und auch mit Beifall der hinter mir sitzenden Vizepräsidentin. Wir haben gebetsmühlenartig eine Erhöhung der FAG-Mittel gefordert, damit die Gemeinden und Landkreise nicht dauernd mit dem Rücken zur Wand stehen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Sie hungern die Kommunen aus und geben ihnen einen Freibrief für eine Sozialpolitik nach Kassenlage. Das kann es doch nicht sein. Es ist schon gesagt worden, dass Sie in ihrem Wahlergebnis erkannt haben, dass auch die Politik der sozialen Kälte dafür verantwortlich ist. Was sind die Konsequenzen daraus? Dafür reicht es nicht aus, den Landwirtschaftsminister als soziales Gewissen zu installieren, denn Sie, Frau Ministerin und verehrte Kolleginnen und Kollegen, werden an ihren Taten gemessen werden und nicht an den Worten des VdK-Vorsitzenden in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Matschl.

Christa Matschl (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon wiederholt über die soziale Lage in Bayern diskutiert. Ich bin auch der Meinung, dass wir darüber diskutieren müssen, was in Zukunft sozial und gerecht ist. Ich war gestern bei einer Gruppe, die im sozialen Bereich tätig ist. Sie haben mir mit auf den Weg gegeben, dass wir Politiker in Zukunft genau hinschauen sollen, wer bedürftig ist und wer den Sozialstaat dringend benötigt. Wir haben von Ihrer Seite viel Kritik gehört. Das ist Ihre Aufgabe.

Es hat mich auch gefreut, dass die Frau Ministerin auf das Thema Tagesmütter eingegangen ist. Ich habe mich maßlos darüber geärgert, dass Sie die Tagesmütter so ins negative Licht stellen. Das hat mir nicht gefallen. Tagesmütter sind keine Notlösung.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Aber die haben keine Ausbildung, während die anderen ausgebildet sind!)

Ich beobachte jetzt eine Initiative bei mir vor Ort, eine Familie, die sich selber um die Kinderbetreuung annimmt. Es ist ein ganz interessantes Projekt. Ich werde Ihnen bei Gelegenheit darüber berichten.

Dass wir in der Sozialpolitik Vieles neu überlegen müssen, erfahren wir, wenn wir außerhalb dieses Hauses zu Veranstaltungen gehen. Wir waren letztes in Tutzing. Herr Kollege Wahnschaffe, es war für mich hochinteressant – –

(Christa Steiger (SPD): Wären Sie bei der Caritas in Augsburg gewesen, wäre es noch viel interessanter gewesen!)

Wir hatten eine hochinteressante Diskussion über die Frage, was eigentlich Diakonie und Caritas ist. Auch da haben wir enormen Diskussionsbedarf.

Gestatten Sie mir einige positive Anmerkungen zu unserer Politik hier in Bayern. Werfen wir einen Blick in die Zukunft. Ich sehe ein großes politisches Handlungsfeld in der Politik für die ältere Bevölkerung. Hier haben Sie mich an Ihrer Seite; es gibt noch viel zu tun. Die Alterspyramide von gestern ist der Bevölkerungspitz von heute. Dass Menschen durch den medizinischen Fortschritt immer älter werden, beschäftigt die Sozial- und auch Gesundheitspolitik. Die Debatte über die demographische Entwicklung ist zu negativ besetzt. Hier würde ich gerne auch positive Gedanken einbringen.

Ich habe mir einen Abschnitt aus der Wohnungspolitik herausgegriffen. Die zunehmende Alterung der Gesellschaft stellt die Wohnungspolitik in den Mittelpunkt. Vorige Woche hatten wir eine Anhörung zum Thema „ambulante vor stationär“. Wer möchte im Alter nicht in seiner gewohnten Umgebung, in seiner Wohnung mit seinen persönlichen Gegenständen leben? Darüber, wie die Pflege in Bayern künftig organisiert werden sollte, um diesen Bedingungen gerecht zu werden, haben wir in diesem Plenarsaal in interessanter Weise diskutiert.

Wohnraumförderung verbessert die Wohnqualität, ermöglicht insbesondere ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter.

Dazu trägt vor allem der erwartete demografische Wandel bei. Die meisten älteren Menschen wollen so lang wie möglich in eigenen Wohnungen leben. Unter dem Stichwort „ambulante vor stationär“ ist die Wohnraumförderung mehr und mehr gefragt, um die Einrichtungen der stationären Altenhilfe zu entlasten. Für Wohnformen, die die Verwirklichung dieses Zieles unterstützen, hat die Bayerische Staatsregierung verschiedene Modellprojekte aufgelegt. Sie erinnern sich, dass für das barrierefreie Wohnen bereits im Jahr 1992 der Grundstein gelegt wurde. Mittlerweile ist der Grundsatz der Barrierefreiheit in den Wohnraumbestimmungen, aber auch im Baurecht verankert.

Um weiteren Kompetenzen für das Wohnen im Alter, für Mehrgenerationenwohnungen unter einem Dach und für andere gemeinschaftliche Wohnmodelle zum Durchbruch zu verhelfen, haben wir im Rahmen des experimentellen Wohnungsbaus die Initiative Zukunftswohnungsbau gestartet. Ziele sind – das gehört zum Thema der demografischen Entwicklung –: lebendige Wohnquartiere für Jung und Alt, gemeinsam bauen und leben, wohnen in allen Lebensphasen.

Für mich ist es außerordentlich wichtig, dass die Politik dieses Feld zukünftig bestellt. Mir geht es um ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Aufgrund der absehbaren demografischen Entwicklung ist die Ermöglichung eines selbstbestimmten Wohnens im Alter eine wichtige Zukunftsaufgabe der Wohnungspolitik.

Gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen zur Situation der Pflegeplätze. Der Bedarf an vollstationären Plätzen ist derzeit in Bayern im Durchschnitt gedeckt; regional haben wir sicher vereinzelt Bedarf. Ich blicke zurück in die Vergangenheit: Der Freistaat hat in den letzten Jahrzehnten rund 1,3 Milliarden Euro an staatlichen Fördermitteln ausgegeben. Es ist richtig: Das Aussetzen der staatlichen Investitionskostenförderung ist gerechtfertigt, weil im Rahmen der demografischen Entwicklung entstehender Bedarf an Pflegeplätzen durch private Investoren gedeckt werden kann.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der Anteil frei finanzierter Heime hat dazu beigetragen – das erlebt jeder vor Ort –, dass Bayern mit Pflegeplätzen gut versorgt ist. Deswegen glaube ich, dass wir uns in diesem Bereich aus der Förderung zurückziehen können. Der Bestandsschutz ist gewährleistet. Bezüglich der Investitionskosten für stationäre Altenhilfeeinrichtungen haben wir eine Vertrauensschutzregelung. Wir müssen die Diskussion, was zukünftig gerecht und sozial ist, weiter entwickeln und fortführen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dupper. Bitte schön, Herr Kollege.

Jürgen Dupper (SPD): Verehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin! Die Aktualität der von uns beantragten Aktuellen Stunde ergibt sich doch aus der Tatsache, dass in diesen Wochen die

Rahmendaten für den Nachtragshaushalt 2006 festgezurr werden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist hier nicht die Stunde für große Gefühle. Ich möchte Ihnen die von uns festgestellten Schwerpunkte darlegen.

Die Debatte hat zwiespältige Gefühle hinterlassen. Zum einen fordern Redner der CSU einen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik: mehr Eigenverantwortung, Krise als Chance. Andere sagen: Es ist doch alles in Butter; es läuft gut, wir sind auf Kurs. Entweder oder! Gibt es einen Paradigmenwechsel oder geht alles gut weiter, wie wir es von Ihnen gehört haben?

(Beifall bei der SPD)

Wir geben Ihnen heute doch mit, dass wir die bitteren Erfahrungen – nicht unsere persönlichen, sondern die der Bayern draußen im Land – aus dem Nachtragshaushalt 2004, die im Doppelhaushalt 2005/2006 vorerst festgeschrieben wurden, nicht weiterhin machen wollen. Wir sagen: Wir müssen mit dem Nachtragshaushalt 2006 wieder auf den Pfad der Tugend der Sozialpolitik zurück.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die breite Schneise bei sozialen Standards und Leistungen nicht mit Ihnen durchschreiten müssen, sondern wir wollen wieder zurück zu einem vernünftigen sozialen Netz. Deswegen heute diese Aktuelle Stunde.

Wir sagen Ihnen klipp und klar: Für uns gibt es auch für die anstehenden Nachtragshaushaltsberatungen zwei Schwerpunkte im Einzelplan 10: Erstens. Wir wollen die mutwillig gerissenen Lücken im sozialen Netz wieder durch konstante Förderung

(Beifall bei der SPD)

der Beratungsstellen, der sozial engagierten Mitbürger und der Träger ersetzen. Lieber Kollege Unterländer, es ist zwar schön und gut, uns soziales Gedöns zu unterstellen oder, wie Sie sagten, die vielleicht guten Absichten der Siebzigerjahre. Lieber Kollege Unterländer, diese vielleicht guten Absichten der Siebzigerjahre haben zu einer tragfähigen Sozialpolitik geführt. Diese guten Absichten, lieber Kollege sind mir lieber als eine flächendeckende Plakataktion eines sozialpolitischen Agrariers, die vielleicht die Sozialpolitik ersetzen soll.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Das ist nicht unsere Herangehensweise an Sozialpolitik. Wir brauchen soziale Dienstleistungen; auf diese sind die Menschen in unserem Land angewiesen.

Der zweite klare Schwerpunkt ist und bleibt – wir haben uns, liebe Ministerin, bei den Haushaltsberatungen schon ausgetauscht – die Investitionsförderung beim Landesaltenplan und beim Landesbehindertenplan. Das Gerede

von Eigenverantwortung und Krise als Chance geriet angesichts der Daten beim Altenplan doch unfreiwillig zum Zynismus. Die Verabschiedung aus der Finanzierung von Neubauten ist beschlossene Sache – das haben wir heute gehört und haben wir schon früher lesen dürfen. Aber auch für die notwendige Modernisierung und Sanierung von Tausenden von Altenheimplätzen steht kein Geld zur Verfügung. Aktuelle Beispiele aus ganz Bayern können genannt werden, auch aus unserer geliebten Heimatstadt.

Es gibt auch das wunderbare Schreiben Ihres Parteifreundes, des Regensburger Oberbürgermeisters, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bayerischen Städtetages die Staatsregierung auffordert, für den Altenheimbau, für die Sanierung von Altenheimplätzen wieder Geld zur Verfügung zu stellen. Ich meine, das wäre auch die Antwort, die wir der Nachkriegsgeneration schuldig sind:

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen für diesen Bereich wieder Investitionsmittel freimachen.

Beim Landesbehindertenplan ist die Situation sehr drastisch. Nur mehr die Rohdaten seien noch genannt: Zum Jahresende 2004 hatten wir ein Antragsvolumen von über 30 Millionen Euro auf Zuschüsse für Maßnahmen, die bereits realisiert wurden – das sind keine Heime oder Werkstätten, die wünschenswert sind, sondern sie sind für diese Menschen notwendig. Das Antragsvolumen für Maßnahmen, die noch anstehen, beträgt über 70 Millionen Euro. Das gesamte Finanzierungsvolumen macht also über 100 Millionen Euro aus. Im Haushalt 2005 lautet die Antwort auf diesen Investitionsstau: Eine Million oder zwei Millionen Euro. Das kann doch nicht befriedigen. Wir haben uns auch bei den Haushaltsberatungen ausgetauscht. Hier muss eine Lösung her, meinerwegen auch durch Umschichtung von Privatisierungserlösen. Bayern ist nicht nur ein einziges Cluster – Bayern hat auch ein soziales Gesicht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen abschließend unsere Bitten und unsere Anforderungen an den Nachtragshaushalt 2006. Das muss ein Sozial- und Bildungshaushalt werden. Das eine sind wir uns und den Menschen in Bayern schuldig, das andere sind wir unserer Zukunft schuldig.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Bernhard. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will abschließend noch ein paar Bemerkungen aus finanzpolitischer Sicht machen, da die Finanzen letztlich den Rahmen bilden, innerhalb dessen wir Sozialpolitik betreiben können.

Man kann hier und dort einen anderen Akzent setzen, aber uns muss klar sein, dass wir uns in diesem Rahmen bewegen müssen. Ihr Antrag, wir sollten alle Kürzungen der jüngsten Vergangenheit rückgängig machen, besagt nichts anderes, als dass Sie die Nettoneuverschuldung in Bayern erhöhen wollen. Das müssten Sie hinzusetzen. Wir können darüber diskutieren, denn wir sind keine Leute, die Freude daran haben, Sozialleistungen, die sich bewährt haben, kürzen zu müssen. Niemand hat daran Freude. Wir müssen aber überlegen, wohin das führt.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wir haben Deckungsvorschläge gemacht, die von Ihnen in den Wind geschlagen wurden!)

Herr Wahnschaffe, mich wundert, dass Sie, obwohl die Koalitionsverhandlungen in Berlin begonnen haben, mit einem Antrag antreten, der nichts damit zu tun hat, was in Berlin besprochen wird.

(Christa Steiger (SPD): Erstens, wir haben keinen Antrag gestellt! Zweitens, Berlin ist Berlin und Bayern ist Bayern!)

Ihre Kollegen sagen, wir hätten einen Konsolidierungsbedarf von 15 Milliarden Euro, und unsere sagen, wir hätten einen Konsolidierungsbedarf von 22 Milliarden Euro. Zumindest sind sich die künftigen Koalitionäre in Berlin einig, dass das, was Sie bisher veranstaltet haben, nicht so weitergehen kann.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Würden Sie sagen, dass von Berlin aus durchregiert wird nach Bayern?)

– Darauf komme ich noch.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Die bayerische Sozialpolitik wird in Bayern gemacht!)

Das bedeutet, dass in Berlin sehr schnell die „Koch-Steinbrück-Liste“ vorgelegt wird. Dann werden sich Ihre Leute dazu bequemen müssen – leider, denn niemand hat daran Freude –, zu kürzen. Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats im Bundesfinanzministerium, den Ihr Kollege Eichel eingesetzt hat, hat dieser Tage ganz salopp gesagt, wir müssten an die Sozialkosten heran.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wir könnten in Bayern so viel Eigenes tun! – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Können Sie auch noch selbst denken?)

In Berlin wird überlegt, wie der Haushalt gekürzt werden kann, und hier in Bayern meinen Sie, das Geld einfach ausgeben zu können. Das ist nicht konsequent. Ich glaube, diese Konsequenz müssen Sie noch lernen.

Wegen des Wahlergebnisses der CSU sollten Sie sich keine allzu großen Illusionen machen. Die CSU hat 55 % der Erststimmen bekommen. 4 bis 5 % der Zweitstimmen sind an die FDP gegangen. Das sind Leute, die den

Wechsel in Berlin wollten. Diese Leute stimmen Ihren Thesen zur Sozialpolitik nicht zu.

(Beifall bei der CSU)

Was ist sozial? – Darüber sollten wir uns einig werden. Wir sollten uns auch einig sein, dass wir alleine mit der Sparpolitik die Probleme nicht werden bewältigen können. Auf keinen Fall. Vielmehr muss im Vordergrund stehen, wie wir Wachstum und Arbeitsplätze schaffen können. Das wird der Prüfstein für die Koalition sein. Wenn das nicht gelingt, werden wir nicht viel gemeinsam zusammenbringen. Deshalb muss im Vordergrund stehen, wie wir das schaffen können. Außerdem müssen wir uns bei dieser Debatte fragen, was in Zeiten der Globalisierung und des daraus resultierenden Wettbewerbsdrucks sozial ist für die nachfolgenden Generationen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das haben Ihnen die Wähler gesagt!)

Es wäre nicht richtig – wie Sie das wollen – noch mehr auszugeben, weil das die nachfolgenden Generationen zahlen müssten. Wir sollten bei der Sozial- und Haushaltspolitik eines bedenken: Je schwieriger die Haushaltslage wird, je mehr Schulden wir haben und je mehr Zinsen wir zahlen müssen, desto weniger Spielraum gibt es für die Sozialpolitik. Das ist klar. Deshalb sollten wir im Interesse der Sozialpolitik gemeinsam daran arbeiten, diese Dinge in den Griff zu bekommen und so die Möglichkeit schaffen, eine vernünftige Sozialpolitik zu gestalten.

Hier wurde verschiedentlich gesagt, in Bayern würden verheerende Zustände herrschen. Wenn man Sie hört, könnte man meinen, es stünde ganz kritisch um die Sozialpolitik in Bayern. Natürlich kann man der Meinung sein, dass das Erziehungsgeld erhöht werden müsse oder das Büchergeld nicht gebraucht würde, obwohl 10 von 16 Bundesländern dies eingeführt haben usw. Das ist alles relativ. Aber sämtliche Indikatoren und auch die heutige Debatte zeigen, dass Bayern wesentlich besser abschneidet, als alle anderen Bundesländer, insbesondere besser als diejenigen, in denen Sie regieren.

Nun noch eine Bemerkung zu den Kommunen. Sie wiederholen ständig, dass die Kommunen „ausgehungert“ würden.

(Zuruf der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (SPD))

Ich empfehle Ihnen, sich die Zahlen zu betrachten. Der kommunale Finanzausgleich wächst überdurchschnittlich. Der Sozialhilfeausgleich an die Bezirke ist massiv erhöht worden. Das zeigt, dass wir uns in den wirtschaftlich und finanziell schwierigen Zeiten im hohen Maße in der Sozialpolitik engagieren. Sie sollten das zur Kenntnis nehmen, damit wir eine vernünftige wechselseitige Diskussionsgrundlage erreichen und wir nicht ständig mit Anträgen konfrontiert werden, ohne dass gesagt wird, wie das bezahlt werden soll. Das ist unseriös.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Um das Wort hat Frau Staatsministerin Stewens gebeten. Bitte schön.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen! Ganz kurz im Telegrammstil, weil ich die Diskussion nicht verlängern möchte: Zum bürgerschaftlichen Engagement sind lediglich die 13 Modellprojekte abgelaufen. Das haben wir von Anfang an gesagt. Ansonsten haben wir das Netzwerk in eine Regelförderung überführt.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Lassen Sie mich ein Weiteres zur Krankenhausfinanzierung sagen. Viele kleine Krankenhäuser müssen wegen des Fallpauschalengesetzes und keineswegs wegen der mangelnden bayerischen Finanzierung schließen. Man sollte also die tatsächlichen Ursachen sehen.

Ein weiteres Problem können wir nicht unter den Teppich kehren. Es handelt sich um den Bayerischen Landesbehindertenplan. Der Stau zur Abfinanzierung beträgt 35 Millionen Euro. Wir wissen, dass wir im nächsten Doppelhaushalt 2007/2008 mehr Investitionsmittel benötigen, weil es immer mehr Menschen mit Behinderung gibt. Das muss man der Ehrlichkeit halber klar sagen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das halten wir im Protokoll fest!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Da Kollege Wahnschaffe bemerkt hat, das werde im Protokoll festgehalten – was sowieso der Fall ist –, gehe ich davon aus, dass die Fraktionen keine Verlängerung der Aktuellen Stunde beantragen werden. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 a auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen
(Drs. 15/4059)
– Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Ich darf Herrn Staatssekretär Schmid das Wort erteilen. Bitte schön.

Staatssekretär Georg Schmid (Innenministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung sieht vor, dass die Mitglieder der Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau und die Mitglieder der Patentanwaltskammer mit Kanzleisitz in Bayern in die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung einbezogen werden. Die Staatsregierung trägt mit diesem Entwurf den

klaren Wünschen aller beteiligten Berufsstände Rechnung.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Die Erklärung ist bizarr!)

Die Aufnahme zweier neuer Berufsstände zeigt die Attraktivität der berufsständischen Versorgung unter dem Dach der Bayerischen Versorgungskammer.

1923 wurde in Bayern das erste berufsständische Versorgungswerk Deutschlands gegründet, die Bayerische Ärzteversorgung. Es ist noch heute das größte deutsche Versorgungswerk. Die Verwaltung und Geschäftsführung lag von Anfang an bei der früheren Bayerischen Versicherungskammer, aus der 1995 bei der Trennung von Wettbewerbsversicherern und Versorgungsanstalten die Bayerische Versorgungskammer hervorging. Die Versorgungskammer führt heute die Geschäfte der berufsständischen Versorgungswerke der Ärzte, Apotheker, Architekten, Ingenieure, Rechtsanwälte und Steuerberater, sowie von fünf weiteren Einrichtungen der Zusatzversorgung, und – nicht zu vergessen – des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die erfolgreiche Arbeit der Versorgungswerke zeigt, dass eigenständige, an den berufsspezifischen Bedürfnissen orientierte und von den Berufsständen selbst verwaltete Einrichtungen der Altersvorsorge am besten geeignet sind, die erforderliche, dauerhafte Existenzsicherung der Angehörigen der freien Berufe und ihrer Hinterbliebenen zu gewährleisten.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Psychologischen Psychotherapeuten und die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in Bayern sowie die Patentanwälte mit Sitz in Bayern sich für eine berufsständische Versorgung unter dem Dach der Versorgungskammer ausgesprochen haben. Trotzdem zeigen die Verhandlungen, die diesem Gesetzentwurf vorausgegangen sind, dass das Lob der Selbstverwaltung keine leere Formel ist. Denn lag es bei den Patentanwälten nahe, sich der Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung anzuschließen, ergab sich die Einbeziehung der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau nicht aus der Nähe der Berufe. Ausschlaggebend waren vielmehr bei den Verantwortlichen auf beiden Seiten das Ziel, eine sichere und zukunftsfähige Altersversorgung zu schaffen und zu gewährleisten, und die aus einer nüchternen Analyse gewonnenen Erkenntnisse, dass dies gemeinsam besser, billiger und günstiger zu erreichen ist als auf getrennten, separaten Wegen.

Einen weiteren Punkt möchte ich zum Abschluss ansprechen. Mit dem Gesetzentwurf soll den Versorgungseinrichtungen die Möglichkeit gegeben werden, bei der Vergabe von Aufträgen zur Jahresabschlussprüfung die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der letzten fünf Jahre auszuschließen. Es handelt sich dabei nicht um eine Regelung des Rechts der Wirtschaftsprüfer. Vielmehr soll den Selbstverwaltungsgremien, vor allem der berufsständ-

dischen Versorgungswerke, vergaberechtlich die Freiheit wiedergegeben werden, die sie bis 2001 hatten. Denn erst durch eine Änderung der Vergabeverordnung im Januar 2001 wurden Aufträge zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung dem Vergaberecht unterstellt. Diese Änderung im Vergaberecht machte damals faktisch einen Wechsel der bisherigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unmöglich, wie ihn mehrere Beschlüsse der Selbstverwaltungsgremien fordern.

Aus Sicht der Staatsregierung gebietet es nicht nur der Respekt gegenüber den berufsständischen Selbstverwaltungsorganen, durch das zusätzliche Vergabekriterium die Möglichkeit zum Ausschluss und damit zum Wechsel zu schaffen. Die Möglichkeit zum Wechsel liegt auch im Interesse des Staates – ich betone das ausdrücklich –, der die Aufsicht über die Versorgungswerke führt, zumal die jetzige Prüfungsgesellschaft die Versorgungseinrichtungen bereits seit mehr als 20 Jahren prüft.

Das war die kurze Begründung dieses Gesetzentwurfs. Ich bitte um zügige Beratung und um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Die Redezeit beträgt wie immer fünf Minuten. Ich darf das Wort Frau Kollegin Sonnenholzner erteilen.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist erstaunlich „voll“ hier. Das ist ein Thema, mit dem man sicherlich weniger Interesse hervorruft, als mit den anstehenden Beratungen, wer der zukünftige Ministerpräsident in diesem Lande werden soll. Es geht, wie der Herr Staatssekretär schon gesagt hat, um den Anschluss an die berufsständische Versorgung, im Wesentlichen für die Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten. Diese Versorgungswerke basieren auf der Grundlage des novellierten Heilberufegesetzes vom November 2001. Es gibt sie bereits in zahlreichen Bundesländern wie Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, und auch Baden-Württemberg hat sich dem angeschlossen.

Durch den Beitritt zu dieser Versorgung ergeben sich für die Mitglieder folgende Konsequenzen: Die jetzigen Mitglieder der Kammern können sich entscheiden, ob sie beitreten wollen oder nicht. Die neuen Mitglieder müssen Pflichtmitglieder werden. Abhängige Beschäftigte bleiben in der gesetzlichen Rentenversicherung, können aber bei dem Versorgungswerk zusätzlich eine freiwillige Versicherung abschließen. Die Frage ist tatsächlich, welche finanziellen Konsequenzen dies für die gesetzliche Rentenversicherung hat, ob nicht dort auch wieder ein Akt der Entsolidarisierung passiert, wie man ihn im Bereich der Krankenversicherung durch die neuen Konzepte – Stichwort Bürgerversicherung – zu verhindern versucht. Zur Zuordnung zur Ingenieurversorgung-Bau haben Sie, Herr Staatssekretär, eine Erklärung abgegeben. Ob ich das so befriedigend finden kann, weiß ich noch nicht. Wir werden das Ganze in den Ausschussberatungen einer kritischen Bewertung, die durchaus zügig sein kann, wie Sie angeht haben, unterziehen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Frau Kollegin. Ich darf das Wort für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Graf von und zu Lerchenfeld erteilen. Bitte sehr, Herr Kollege.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Der Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen trägt im Wesentlichen den Wünschen der Mitglieder der Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten ebenso wie den Mitgliedern der Patentanwaltskammer Rechnung, in dem beiden Berufsständen die Möglichkeit eröffnet wird, jeweils in ein berufsständisches Versorgungssystem einbezogen zu werden.

Die Psychotherapeuten wollen dies durch einen Anschluss an die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau, die Patentanwaltskammer wünscht eine Einbeziehung in die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung. Bei beiden berufsständischen Versorgungseinrichtungen haben die Verwaltungsräte der Einbeziehung jeweils zugestimmt. Durch den Gesetzentwurf entstehen weder dem Freistaat Bayern noch den bayerischen Kommunen Kosten, im Gegenteil es werden wahrscheinlich sogar Kosten gespart werden. Bei den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung könnte natürlich durch diese Öffnung der berufsständischen Versorgung für diese Berufe eine Verringerung der Beitragszahler eintreten. Gleichzeitig werden jedoch die Leistungsverpflichtungen reduziert werden. Andererseits werden sich die Aufwendungen für die berufsständischen Versorgungswerke zwar erhöhen, die Beitragseinnahmen durch die neuen Mitglieder sollten dies jedoch ausgleichen.

Die Praxis hat gezeigt, dass die berufsständische Versorgung ihren Mitgliedern eine sichere Altersversorgung bietet und die eindeutigen Voten der Betroffenen für die berufsständische Versorgung zeigen Vertrauen in diese Form der Altersversorgung.

Der Gesetzentwurf ist grundsätzlich zu begrüßen. Einzelheiten zur Ausgestaltung einzelner Bestimmungen sollten in den Ausschüssen beraten werden. Insbesondere sollte die Regelung zur Zwangsverpflichtung für die Rotation des Abschlussprüfers, die von der Staatsregierung vorgesehen ist, eindringlich diskutiert werden, da hier weder den Interessen der Versorgungskammern noch den berufsständischen Interessen des Berufsstandes der Wirtschaftsprüfer Rechnung getragen wird.

Ich hoffe, dass wir eine ausführliche und gute Diskussion in den Ausschüssen haben werden.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Ma-gerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Bei der Ersten Lesung einige kurze Anmerkungen zu diesem Gesetzentwurf über das öffentliche Versorgungswesen. Ich kann die Leute, die in so eine Versorgung hinein wollen, seien es die Psychologischen Psychotherapeuten, die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten oder auch die Patentanwälte, verstehen. Nichtsdestotrotz sehen wir die Neuregelung durchaus kritisch und entsprechend kritisch werden wir den Gesetzentwurf durch die Ausschussberatungen begleiten. Ich zitiere zu den Kosten den Punkt drei. Unter „Rentenversicherungsträger und Versorgungsanstalten“ heißt es:

Die Einbeziehung der im Angestelltenverhältnis tätigen Patentanwälte und der berufsständischen Altersversorgung kann bei den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung eine entsprechende Verringerung von Mitgliedern bewirken, wenn diese von der Befreiungsmöglichkeit nach § 6 Abs. 1 SGB VI Gebrauch machen. Für die Rentenversicherungsträger ergeben sich dadurch geringere Beitragseinnahmen.

Das heißt, wir haben hier letztendlich eine weitere Erosion der Beitragszahler. Ich verstehe, wie gesagt, dass diese Berufsgruppen in andere Versorgungswerke hinein wollen. Das kann ich durchaus nachvollziehen. Das führt aber auf der anderen Seite wiederum zu einer Schwächung der ohnehin schon vor sich hinkränkenden Rentenversicherungsträger.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist übertrieben! Die Rentenversicherung ist nicht krank!)

Das finde ich nicht so gut, und entsprechend kritisch werden wir den Gesetzentwurf durch die Ausschüsse begleiten und werden uns dort entsprechend äußern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Neuordnung des bayerischen Disziplinarrechts und zur Änderung weiterer Vorschriften (Bayerisches Disziplinargesetz – BayDG) (Drs. 15/4076) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Ich darf dafür Herrn Staatsminister Prof. Dr. Faltthauer das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltthauer (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor-

aussetzung für ein funktionierendes Berufsbeamtentum ist auch ein modernes Dienstrecht. Dazu gehört ein ordentliches und funktionierendes Disziplinarrecht.

Das bisherige Disziplinarrecht ist sehr schwerfällig und langwierig. Es gibt viele Fälle, die ärgerlicherweise viele Jahre dauern. Dies hat der Oberste Rechnungshof angemahnt, dies hat der Haushaltsausschuss diskutiert und der Bayerischen Staatsregierung den Auftrag gegeben, hier Abhilfe zu schaffen. Das Ergebnis liegt Ihnen in Gesetzesform vor.

Mit dem Gesetzentwurf regeln wir das Disziplinarverfahren grundsätzlich neu. Wir orientieren uns dabei nicht nur an der einen oder anderen Verbesserung, sondern auch an der Rechtsentwicklung im Bund und in einigen anderen Bundesländern.

Ziel ist im Wesentlichen die Vereinfachung und Beschleunigung. Dem steht auch entgegen, dass sich die bisherigen Regelungen zu sehr an das Strafprozessrecht anlehnen, was den heutigen Gegebenheiten nicht mehr gerecht wird. Wir wollen aber nicht nur vereinfachen, sondern gewissermaßen auch entkriminalisieren. Im Disziplinarrecht stehen nicht mehr der Sanktionsgedanke, sondern die Pflichtermahnung an den Beamten und nicht zuletzt – das ist auch unser politisches Anliegen – die Wahrung des Ansehens des Berufsbeamtentums im Vordergrund.

Künftig soll nur noch ein einheitliches behördliches Disziplinarverfahren Platz greifen. Auf die bisherige Unterscheidung zwischen nicht förmlichen und förmlichen Verfahren mit einem selbstständigen Untersuchungsverfahren, die ohnehin nur ein Jurist versteht, wird endlich verzichtet. Dadurch vermeiden wir einen doppelten Ermittlungsaufwand.

Wir erweitern auch die Disziplinarbefugnis im behördlichen Verfahren. Bei mittelschweren Dienstvergehen soll auch die Kürzung der Dienstbezüge oder von Ruhegehältern durch Disziplinarverfügung möglich sein. Nur bei schweren Dienstvergehen haben wir noch das gerichtliche Disziplinarverfahren. Wir erreichen damit – ich glaube, das ist vernünftig – auch eine Entlastung der Gerichte.

Die Zuständigkeiten sollen durch eine gesonderte Verordnung der Staatsregierung geregelt werden. Geplant ist eine möglichst weitgehende Konzentration der Zuständigkeiten im Disziplinarrecht. Das im bisherigen Recht vorgesehene, aber nur selten genutzte und vor allem nur selten erfolgreiche Beschwerdeverfahren wird zur Verfahrensbeschleunigung abgeschafft. Dadurch kann schneller Rechtssicherheit gewährleistet werden.

Außerdem wird das Personalvertretungsrecht geändert. Die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten wird abgeschafft. Es besteht also nur noch ein einheitlicher Arbeitnehmerbegriff; dementsprechend werden die Personalvertretungsregelungen geändert. Die Amtszeit der Personalvertretungen sowie der Richter- und Staatsanwaltsvertretungen soll – das haben wir schon in verschiedenen Gesetzen so gemacht – von vier auf fünf

Jahre verlängert werden. Mit der Modernisierung des Disziplinarrechts gehen wir faktischen Unzulänglichkeiten auf den Grund. Wir gehen den Vorstellungen des Obersten Rechnungshofes und den Anregungen des Haushaltsausschusses nach und folgen dem Bundesrecht sowie den rechtlichen Vorstellungen anderer Länder.

Ich glaube, das Gesetz ist notwendig und sinnvoll. Ich bitte um eine entsprechende fachkundige Bearbeitung und Beratung in den Ausschüssen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Naaß. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christa Naaß (SPD): Frau Präsidentin, durch den Gesetzentwurf zur Neuordnung des bayerischen Disziplinarrechts und zur Änderung weiterer Vorschriften sollen – der Herr Staatsminister hat es angesprochen – zwei Problembereiche gelöst werden: erstens, das Disziplinarrecht und zweitens, das Bayerische Personalvertretungsgesetz.

Ich gehe zuerst auf diesen zweiten Punkt ein, weil er nur auf den zweiten Blick erkennbar ist. Denn niemand kommt auf die Idee, dass, wenn es um die Neuordnung des bayerischen Disziplinarrechts geht, auch das Bayerische Personalvertretungsgesetz geändert werden soll.

In der Verbändeanhörung wurde zum Personalvertretungsgesetz nämlich ein eigener Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser Gesetzentwurf ist nun in dem Gesetzentwurf zur Neuordnung des bayerischen Disziplinarrechts übernommen worden.

Herr Staatsminister, die umfassende Novellierung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes lässt jedoch noch immer auf sich warten. Seit dem Beteiligungsverfahren, das im Frühjahr 2005 stattgefunden hat, hört man nichts mehr davon, obwohl der Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes der Staatsregierung noch in der letzten Legislaturperiode den Auftrag gegeben hat, zu Beginn der 15. Legislaturperiode einen entsprechenden Entwurf vorzulegen. Jetzt ist fast die Hälfte der Legislaturperiode vorbei, aber dem Parlament liegt immer noch kein Gesetzentwurf vor.

Die in dem nun vorliegenden Gesetzentwurf enthaltenen Änderungen beziehen sich jedoch nur auf die Änderungen, die durch die Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung sowie durch den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst vom 09.02.2005 erforderlich sind, wonach keine Differenzierung mehr nach Statusgruppen „Angestellte“ und „Arbeiter“ vorgenommen wird. Außerdem sollen die Amtszeit der Personalvertretungen von vier auf fünf Jahre und die Amtszeit der Jugend- und Auszubildendenvertretungen auf zwei Jahre und sechs Monate verlängert werden. Es hätte also eigentlich alles schon in die Novellierung eingearbeitet werden können, so müssen wir jetzt zweimal herumtun.

Nun zum Disziplinarrecht: Gegen eine Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsabläufen ist grundsätz-

lich nichts zu sagen, auch eine Anpassung an das Bundesdisziplinarrecht ist zu begrüßen.

Kritik muss jedoch an der Tatsache geübt werden, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Rechtsweg eingeschränkt wird und Verschärfungen zulasten der Beschäftigten vorgenommen werden, sogar Verschlechterungen gegenüber dem Bundesdisziplinarrecht.

Bürokratieabbau als Begründung anzunehmen, um Rechte abzubauen, passt jedoch in die arbeitnehmerfeindliche Politik der Staatsregierung der vergangenen Jahre. Dies bestätigt sich hiermit wieder einmal.

Die SPD-Landtagsfraktion wird das Gesetzgebungsverfahren mit eigenen Änderungsanträgen begleiten und es dann von den Abstimmungen darüber abhängig machen, ob sie dem Gesetz zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Marcel Huber. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Marcel Huber (CSU): Vielen Dank, Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In Bayern leisten täglich Hunderttausende von Staatsbediensteten brav, treu und fleißig ihren Dienst ohne irgendwelche Verfehlungen; solche sind sehr selten. Diese Abweichungen wurden bisher nach dem bayerischen Disziplinarrecht geahndet. Die Erfahrung mit diesen dienstrechtlichen Zurechtweisungen zeigt aber, dass sie sehr langwierig waren, dass die Verfahren sich oft über mehrere Jahre hingezogen haben und dass sie kompliziert und von Zuständigkeitsproblemen gezeichnet waren.

Ich glaube, dass sich die Neuordnung, die wir heute vorgestellt bekamen, aus diesem Grunde fast aufdrängt. Es ist auch, wie Sie, Frau Naaß, gesagt haben, konsequent, sich dabei an den Bundesregelungen zu orientieren und hier ebenso wie in anderen Bundesländern ein eigenes Disziplinarrecht zu formulieren, das die einschlägigen Regelungen zusammenfasst.

Wir sind uns darin einig, dass es das Ziel eines solchen Gesetzes ist, die Gewährleistung eines funktionsfähigen Öffentlichen Dienstes sicherzustellen. Und dazu gehören eben auch diese Pflichtenmahnungen bei Fehlverhalten, also nicht Rache oder Strafverfahren. Aber genau dieser pädagogische Ansatz, den wir hier eigentlich haben wollen, verpufft sehr schnell, wenn der Abstand zwischen dem Vergehen und der Maßregelung groß ist.

Außerdem ist es für den, den es betrifft, wohl nicht besonders motivierend und ermunternd, wenn er sich über Monate und teilweise sogar Jahre hinweg in einem Schwebezustand befindet, in dem er einen unsicheren Ausgang seines Disziplinarverfahrens erwarten muss. Ich begrüße daher die Bemühungen, die zu einer Vereinfachung, vor allem zu einer Straffung dieses Rechtsbereiches führen, eine Verkürzung dieser Verfahren zum Ziele haben und noch dazu eine Entlastung der Gerichte zur Folge haben.

Ich stimme mit Ihnen überein, Frau Kollegin Naaß, dass wir sehr genau Acht geben müssen, dass es gerecht zugeht, dass die Privatsphäre, auch das Ansehen des Angestellten gewahrt bleibt und dass auch der Zugang zu weiteren Rechtsmitteln, die Forttragung des Falles in die Gerichte nämlich, erhalten bleibt. Ich sehe das aber im Gegensatz zu Ihnen im vorliegenden Entwurf durchaus gewahrt.

Zum zweiten Teil, der damit nicht direkt verbunden ist, nämlich zur Aufhebung der Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten im Personalvertretungsrecht, kann ich nur sagen: Ich halte es für konsequent, dass man das jetzt endlich macht. Es ist sinnvoll, die Arbeitnehmer zusammenzufassen und das auch noch schnell über die Bühne zu bringen, vielleicht noch bevor das neue Personalvertretungsgesetz kommt, weil die Wahlen anstehen. Dafür müssen die Gruppen definiert sein; auch die Zeiten, für die diese Ämter gelten, werden neu definiert. Dass diese Zeiten verlängert worden sind, ist im Sinne einer Kontinuitätsvergrößerung durchaus akzeptabel, wobei ich mir keine ganz großen Effizienzgewinne verspreche.

Zusammenfassend: Ich halte die geplanten Änderungen sowohl für sinnvoll als auch ausgewogen. Ich halte die Straffung und die Vereinfachung des Verfahrens für durchaus sinnvoll, besonders wenn man die Effizienzsteigerung, die ich daraus erwarte, berücksichtigt. Ich empfehle daher, den Gesetzentwurf an die zuständigen Ausschüsse weiterzureichen

(Hans Joachim Werner (SPD): Das passiert so und so, auch ohne Empfehlung!)

und freue mich auf die Diskussion über Details im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 c auf:

**Antrag der Staatsregierung
Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA-Fußballweltmeisterschaft Deutschland 2006 (Drs. 15/4080)
– Erste Lesung –**

Der Staatsvertrag wird von der Staatsregierung nicht begründet. Eine Aussprache hierüber findet auch nicht statt. Deshalb schlage ich im Einvernehmen mit dem Ältestenrat vor, den Staatsvertrag dem Ausschuss für

Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Antrag der Staatsregierung
Staatsvertrag über die Bildung eines Gemeinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft (Drs. 15/3424)
– Zweite Lesung –**

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag, Drucksache 15/3424, und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen, Drucksache 15/4089 zugrunde. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist einstimmig. Gibt es Gegenstimmen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dem Staatsvertrag einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Vorweg lasse ich auf Wunsch der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN über die Nummer 9 der Liste, das ist der Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger und anderer betreffend Bereitstellung von Finanzmitteln zum Austausch mangelhafter Polizeischutzwesten, Drucksache 15/3711, einzeln abstimmen.

Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Wer dagegen dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Zwei Stimmen von der CSU habe ich gesehen!)

– Ich sehe keine.

(Zuruf von der CSU: Das war ein Versehen!)

– Vielen Dank.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ich habe es gesehen! Das war kein Versehen!)

Gut. Wer den Antrag ablehnen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Enthält sich jemand der Stimme? – Zwei.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Was? Wir sind die Fraktion! Egal wie, wir sind die Fraktion!)

Bei vier Stimmenthaltungen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die Fraktion der GRÜNEN enthält sich!)

– Die Fraktion der GRÜNEN enthält sich. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die vorliegende Liste. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag einstimmig diese Voten.

(siehe Anlage)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist für heute die Sitzung beendet. Den Fußballbegeisterten wünsche ich einen wunderschönen Abend, allen anderen natürlich auch.

(Schluss: 17.27 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer u.a. CSU
 Klarstellung des SGB XII im Hinblick auf die Heranziehung von Ehepartnern von Heimbewohnern zu den Kosten der Heimunterbringung
 Drs. 15/3192, 15/4009 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	Z	A	A

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
 Jährlicher Bericht zur Arbeit des Landesamtes für Umweltschutz
 Drs. 15/3588, 15/4061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz	CSU	SPD	GRÜ
	A	ENTH	Z

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Joachim Wahnschaffe, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion SPD
 Ausbildungsnotstand in der Altenpflege zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres im September 2005 in Bayern verhindern
 Drs. 15/3623, 15/4036 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer, Eberhard Rotter u.a. CSU
 Dreispuriger Ausbau von Bundesstraßen in Schwaben
 Drs. 15/3628, 15/4066 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	A

5. Antrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer, Eberhard Rotter u.a. CSU
 Neubau der B 17 Klosterlechfeld – A 96 bei Landsberg a. Lech
 Drs. 15/3629, 15/4067 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	A

6. Antrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer, Eberhard Rotter u.a. CSU
 Ausbau der Bundesstraße 12 Kempten – Buchloe
 Drs. 15/3630, 15/4068 (G) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:

abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europa-angelegenheiten	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	A

7. Antrag der Abgeordneten Herbert Ettengruber, Markus Sackmann, Josef Zellmeier u.a. CSU
 Ausbau der B 20
 Drs. 15/3632, 15/4069 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	A

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Achtjähriges Gymnasium: Evaluieren und entwickeln
Drs. 15/3644, 15/4088 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Bildung, Jugend und Sport	A	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Bereitstellung von Finanzmitteln zum Austausch mangelhafter Polizeischutzwesten
Drs. 15/3711, 15/4039 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	A	Z	ohne

Hierzu findet auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Einzelabstimmung statt.

10. Antrag der Abgeordneten Heinz Donhauser, Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Einführung „strukturierter Promotionsstudiengänge“
Drs. 15/3575, 15/4060 (E) [X]

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z